

Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel?

Evidenz zu den politischen Effekten der
Regionalförderung in Deutschland



Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Programm

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Dr. Daniel Schraad-Tischler
Director

Verantwortlich

Daniel Posch
E-Mail: daniel.posch@bertelsmann-stiftung.de

Autor:innen

Vincent Heddesheimer
Hanno Hilbig
Daniel Posch
Jens Südekum

Zitationshinweis

Heddesheimer, V, Hilbig, H., Posch, D, Südekum, J. (2026) Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel? - Evidenz zu den politischen Effekten der Regionalförderung in Deutschland. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Gütersloh

Layout

Paul Feldkamp

DOI 10.11586/2026058

ID_3039

© Titelfoto: © Karsten Jung - stock.adobe.com

ÜBER UNS

Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe produktiv miteinander zu verbinden – das ist der Kerngedanke und das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Doch der Klimawandel und die Begrenzung natürlicher Ressourcen, ein abnehmendes Erwerbspersonenpotenzial, Globalisierungsprozesse und der digitale Wandel setzen unser bisheriges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell unter Druck. Damit die Soziale Marktwirtschaft auch für künftige Generationen ein verlässliches Leitbild bleibt, müssen wir sie zu einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft transformieren.

Die ökologische Transformation erzeugt Wechselwirkungen und Konflikte zwischen den verschiedenen Zieldimensionen einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft. Der Arbeitsschwerpunkt „Economics of Transformation“ widmet sich den makroökonomischen Wirkungszusammenhängen zwischen verschiedenen Zielparametern und schafft empirisches Steuerungswissen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmenbündeln, die den inhärenten Zielkonflikten vorbeugen, sie auflösen oder Synergiepotenziale freisetzen können. Dieses Focus Paper ist Teil einer Reihe von Publikationen zu den wirtschaftspolitischen Zielkonflikten einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft.

Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel?

Evidenz zu den politischen Effekten der Regionalförderung in Deutschland

Vincent Heddesheimer, Princeton University

Hanno Hilbig, UC Davis

Daniel Posch, Bertelsmann Stiftung

Jens Südekum, Universität Düsseldorf

Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	7
1. Einleitung	9
2. Das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen	12
3. Daten und methodischer Ansatz	15
3.1 Verwendete Datenquellen	15
3.2 GFS-Förderdaten	15
3.3 Sozioökonomische Strukturdaten	15
3.4 Wahldaten	15
3.5 Indikatoren für Transformationsdruck	16
3.6 Empirische Strategie	16
3.7 Darstellung der Ergebnisse	17
4. Verteilung der GFS-Fördermittel: Deskriptive Analyse	18
4.1 Allgemeine Verteilungsmuster: Fokus auf Strukturschwäche	18
4.2 Heterogenität der Förderung	18
4.3 Räumliche Verteilung	19
4.4 Transformationsdruck und Förderverteilung	21
4.5 Zusammenfassung	21
5. Politische Wirkungsanalyse: Wahlergebnisse (Landtagswahlen)	22
5.1 Fallauswahl und Datengrundlage	22
5.2 Empirische Strategie: Event-Study mit Landestrends	22
5.3 Ergebnisse der Landtagswahlanalyse	23
5.4 Heterogenitätsanalyse: Die Rolle des Transformationsdrucks	25
5.5 Politischer Multiplikator	26
6. Fazit und wirtschaftspolitische Implikationen	28
6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	28
Literatur	30
Anhang	33

Das Wichtigste in Kürze

Transformation ist kein rein techno-ökonomisches Problem, sondern vor allem eine politische Herausforderung. Ihr Gelingen hängt maßgeblich von gesellschaftlicher Akzeptanz und Zusammenhalt ab. Strukturwandel verläuft räumlich ungleich – je nach industriellem Spezialisierungsmuster und regionaler politökonomischer Konfiguration. Dort, wo sich Anpassungsdruck konzentriert, sinkt häufig die Bereitschaft, den Wandel mitzutragen; politische Polarisierung kann die Folge sein, und populistische Politikangebote finden – wie zahlreiche Studien aus OECD-Staaten zeigen – insbesondere in solchen Regionen überdurchschnittliche Zustimmung. Beides kann – wie die einschlägige wissenschaftliche Literatur nahelegt – die Umsetzung einer geordneten Transformation zu Lasten von Wachstum und sozialem Zusammenhalt erschweren, da politische Polarisierung und der elektorale Erfolg populistischer Politikangebote Anpassungsprozesse verzögern und in bestimmten Kontexten auch zu abrupten, konfliktreichen Formen des Umbruchs beitragen können. Vor diesem Hintergrund wird Regionalpolitik zunehmend auch als politisches Instrument eingesetzt, um Akzeptanz für strukturellen Wandel zu stärken und politische Disruptionen nach ökonomischen Schocks zu vermeiden. Internationale Evidenz legt nahe, dass Regionalpolitik, die lokale Beschäftigung sichert und sichtbare Verbesserungen der Infrastruktur bewirkt, politische Polarisierung dämpfen kann. Ob und unter welchen Bedingungen dies tatsächlich gelingt, ist jedoch bislang nicht ausreichend empirisch erforscht. Insbesondere für Deutschland fehlen robuste empirische Belege dafür, ob und wie Regionalpolitik politische Polarisierung vor Ort beeinflusst.

Deshalb verknüpft die vorliegende Studie eine feinkörnige Analyse der deutschen Regionalfördermittel mit einer kausalen Untersuchung politischer Effekte auf lokaler Ebene sowie einer differenzierten Betrachtung einzelner Teilkomponenten des Gesamtdeutschen Fördersystems (GFS). Ausgangspunkt ist die etablierte Forschung zur „Geography of Discontent“, die zeigt, dass sich wahrgenommene regionale Benachteiligung und ökonomischer Statusverlust in Deutschland primär in der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien manifestieren. Während Nichtwahl häufig Resignation ausdrückt, stellt die Wahl der AfD ein aktives „Anti-System-Signal“ dar, das eng mit Unzufriedenheit über staatliche Leistungen und

regionale Ungleichheit verknüpft ist. Wir nutzen erstmals administrative Mikrodaten zu den tatsächlichen Mittelabflüssen des GFS, die alle 22 Förderprogramme aus sieben Bundesressorts auf Kreisebene für das Jahr 2021 erfassen. Wegen des zeitlichen Rahmens der Förderdaten konzentrieren wir uns empirisch auf die Analyse der Wahlergebnisse aus drei Landtagswahlen in Niedersachsen (9. Oktober 2022) sowie in Bayern und Hessen (8. Oktober 2023).

Zusammengenommen liefern die Landtagswahlergebnisse belastbare Hinweise darauf, dass staatliche Regionalförderung einen dämpfenden Effekt auf politische Polarisierung hat – gemessen an der Unterstützung für die AfD. Dieser Effekt tritt jedoch nicht pauschal für jeden eingesetzten Euro auf. Vielmehr variieren die Wirkungen deutlich zwischen den verschiedenen Fördersäulen. Auf Ebene der drei Fördersäulen zeigt die Infrastrukturförderung den stärksten und statistisch signifikantesten Effekt auf den AfD-Stimmenanteil. Die Wirtschaftsförderung weist ebenfalls einen negativen Punktschätzer auf, der im Aggregat jedoch statistisch nicht signifikant ist. Auf Programmebene erweisen sich insbesondere die GRW-Infrastruktur, das Programm „Innovation & Strukturwandel“ sowie die Breitbandförderung als statistisch signifikant.

Die regionalökonomische Forschung geht davon aus, dass regionale Förderung politisch dort am wirksamsten ist, wo der Anpassungsdruck besonders hoch ist – also wo das wirtschaftliche Fundament am stärksten unter Transformationsdruck steht. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Unterstützung für die AfD am stärksten auf Fördermaßnahmen in Regionen reagiert, die unter hohem Anpassungsdruck stehen. Konkret führt eine intensivere Förderung in Landkreisen mit einem hohen Anteil emissionsintensiver Beschäftigung oder akutem „Transformationsstress“ zu einer signifikanten Reduktion des AfD-Stimmenanteils bei Landtagswahlen. Rechnerisch führt eine Erhöhung der Infrastrukturförderung pro Kopf um 100 € zu einer Reduktion des AfD-Stimmenanteils um rund 1,00 Prozentpunkte in Regionen mit hohem Anteil an emissionsintensiver Beschäftigung.

Darüber hinaus arbeitet unsere Studie eine Ambivalenz in der Ausgestaltung der deutschen Regionalpolitik heraus. Während Infrastruktur- und

Wirtschaftshilfen vor allem in strukturschwache Regionen fließen, erreichen innovationsorientierte Programme (z. B. EXIST, ZIM) die Regionen mit dem höchsten Transformationsdruck kaum und konzentrieren sich stattdessen auf bereits leistungsfähige Cluster. Der durch die Dekarbonisierung induzierte Strukturwandel stellt diese Verteilungslogik jedoch infrage: Gerade jene industriellen Spezialisierungen, die regional verankert sind und bislang Wachstum getragen haben, verlieren an wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Damit erodiert zugleich die lokale Wissensbasis, auf der Innovation bislang aufbaute.

Eine Innovationsförderung, die primär einer Effizienzlogik folgt, kann unter diesen Bedingungen die Entstehung neuer Entwicklungspfade gerade in den betroffenen Regionen tendenziell erschweren. Folglich kann das GFS einerseits als kurzfristig politisch stabilisierend interpretiert werden, da es investive Maßnahmen vor Ort ermöglicht, die einen hohen politischen Multiplikator entfalten. Andererseits besteht langfristig die Gefahr, dass die technologische Erneuerung gerade in jenen Regionen ausbleibt, die ökonomisch am stärksten darauf angewiesen und politisch am fragilsten sind.

1. Einleitung

In vielen westlichen Demokratien hat der langfristige Strukturwandel hin zu Dienstleistungsökonomien und wissensintensiven Sektoren zu tiefgreifenden räumlichen Disparitäten geführt. Deindustrialisierung, Automatisierung und der internationale Wettbewerb haben insbesondere in ehemals industriell geprägten Regionen dauerhafte Beschäftigungsverluste, sinkende Löhne und eine Erosion lokaler Wertschöpfungsketten ausgelöst (Acemoglu und Restrepo 2018; Autor, Dorn und Hanson 2013, Dauth, Findeisen und Südekum 2017, Dauth et al. 2021). Der Klimawandel sowie Maßnahmen zu seiner Eindämmung beschleunigen den strukturellen Wandel weiter und erzeugen zusätzliche Anpassungsanforderungen. Sowohl die Materialisierung physischer als auch transitorischer Klimarisiken setzen dabei den bestehenden Kapitalstock, Arbeitsmärkte sowie öffentliche und private Haushalte unter Druck (Beirne, Renzhi und Volz 2021; Claeys et al. 2024, Colgan, Green und Hale 2021).

Diese ökonomischen Anpassungsprozesse verlaufen räumlich höchst ungleich und haben sogenannte „left behind places“ hervorgebracht – Regionen, die relativ zum nationalen Durchschnitt an wirtschaftlicher Dynamik, Investitionen und Zukunftsperspektiven verloren haben (Dijkstra et al. 2020; Rodríguez-Pose 2018). Erste Forschungsarbeiten deuten darauf hin, dass sich „left-behindness“ und Klimavulnerabilität häufig überlagern. Strukturschwache Regionen sind dabei sowohl physischen als auch transitorischen Klimarisiken in besonderem Maße ausgesetzt, insbesondere da sie häufiger von emissionsintensiven Industrien abhängen, weniger diversifiziert sind und zugleich über geringere Anpassungskapazitäten verfügen (Kostarakos et al. 2025; Rodríguez-Pose und Bartalucci 2024). Neben messbaren ökonomischen Folgen wie geringerer Beschäftigung, Abwanderung und fiskalischer Schwäche gehen damit zunehmend politische Konsequenzen einher. Eine wachsende Literatur zeigt, dass räumliche ökonomische Marginalisierung mit politischer Entfremdung, sinkendem Vertrauen in staatliche Institutionen und steigender Unterstützung für populistische und anti-systemische Parteien einhergeht (Autor et al. 2020; Colantone und Stanig 2018, Cremaschi, Bariletto, und de Vries 2025, Milner 2021).

Im Kontext der grünen Transformation dürften sich diese Zusammenhänge jedoch in spezifischer Weise darstellen: Der Rückbau bestimmter – in diesem Fall emissionsintensiver – ökonomischer Aktivitäten stellt keinen unbeabsichtigten Nebeneffekt exogener Schocks wie Handelspolitik oder technologischer Entwicklungen dar, sondern ist Ausdruck eines geplanten und explizit politisch intendierten Transformationsprozesses. Zugleich ist die Dekarbonisierung im politischen Diskurs normativ aufgeladen. Politische Botschaften – häufig auch zugespitzt –, die bestimmten Industrien und Konsummustern die Zukunftsfähigkeit absprechen oder diese infrage stellen, können Stigmatisierungseffekte auslösen und bei betroffenen Beschäftigten und Regionen das Gefühl verstärken, delegitimiert zu werden und so auch die politische Nachfrage in diesen Regionen verändern (Heddesheimer, Hilbig und Voeten 2025). Solche Dynamiken sind insbesondere in Regionen zu erwarten, die von klimabedingten Strukturbrüchen stärker betroffen sind.

Auch in Deutschland, trotz seines ausgeprägten Sozialstaats und föderalen Ausgleichssystems, haben regionale Strukturbrüche – etwa in ehemaligen Industrieregionen oder peripheren ländlichen Räumen – sichtbar zu politischen Polarisierungstendenzen beigetragen (Dippel et al. 2022, Heddesheimer, Hilbig und Voeten 2025, Schöll und Kurer 2024). Zudem zeigen jüngere Forschungsarbeiten zu Deutschland sowie Analysen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zur Bundestagswahl 2025, dass populistische Parteien insbesondere in Regionen erfolgreich sind, in denen die Industrie noch zentral für die Wertschöpfung ist und zugleich ein zukünftiger Niedergang dieser Strukturen erwartet wird. (Bayerlein et al. 2025; Bergmann, Diermeier und Kempermann 2025)

Vor diesem Hintergrund setzen Regierungen in wohlhabenden Demokratien zunehmend auf räumlich zielgerichtete Förderpolitiken, um wirtschaftlich zurückgebliebene Regionen zu unterstützen. Solche place-based policies – etwa Investitionszuschüsse, industriepolitische Programme oder Infrastrukturförderung – zielen darauf ab, lokale Beschäftigung und

Wertschöpfung zu stärken und räumliche Ungleichheiten zu begrenzen (Südekum 2022, Südekum und Posch 2024, 2025). Zugleich werden sie zunehmend als politische Instrumente verstanden: politische Entscheidungsträger verbinden mit regionaler Förderung die Erwartung, staatliche Handlungsfähigkeit sichtbar zu machen und Vertrauen in „left behind places“ wiederherzustellen (Austin, Glaeser und Summers 2018, Heddeshheimer, Hilbig, Wiedemann 2026).

Ökonomische Forschung zeigt seit Langem, dass räumlich zielgerichtete Förderprogramme wirtschaftliche Aktivität in strukturschwachen Regionen stimulieren können. Studien zu Investitionszuschüssen, Industrieclustern, steuerlichen Anreizen sowie groß angelegten Infrastrukturprogrammen dokumentieren positive Effekte auf Beschäftigung, Produktivität und lokales Wachstum (Bartik 2020; Siegloch, Wehrhöfer und Etzel 2025; Kline und Moretti 2014; Neumark und Simpson 2015). Gleichzeitig wird in der Literatur betont, dass die regionale Konzentration von Transfers Effizienzfragen aufwirft. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive können Fehlallokationsrisiken sowie begrenzte Produktivitätseffekte entstehen, wenn räumliche Förderung nicht an klare Externalitäten oder überprüfbare Entwicklungshemmnisse gekoppelt ist. Entsprechend argumentieren Glaeser und Gottlieb (2008), dass raumbezogene Ansätze nur unter spezifischen Annahmen wohlfahrtssteigernd sind und die empirische Evidenz eine Abwägung von Verteilungs- und Effizienzzielen nahelegt.

Lange Zeit war jedoch weitgehend unklar, welche politischen Folgen solche regionalen Programme haben. Ein wachsender Forschungszweig untersucht inzwischen, ob und wie regionale Förderprogramme politische Einstellungen beeinflussen. Besonders im europäischen Kontext richten sich viele Studien auf die EU-Kohäsionspolitik. Diese Arbeiten deuten darauf hin, dass Transfers und Investitionen in wirtschaftlich abgehängten Regionen populistische oder euroskeptische Tendenzen reduzieren können, wobei die Effekte häufig an sichtbare lokale Verbesserungen und wahrnehmbare Arbeitsmarktchancen gebunden sind (Albanese, Barone und de Blasio 2022; Bayerlein und Diermeier 2025; Crescenzi, Di Cataldo und Giua 2020; Gold und Lehr 2024; Vergioglou 2023). Entscheidend ist dabei die Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit staatlicher Leistungen: Direkte, wahrnehmbare Maßnahmen erzeugen stärkere politische Rückkopplungseffekte als indirekte Transfers wie Steuervergünstigungen oder Innovationssubventionen (Mettler 2011,

Campbell 2012). Für Deutschland zeigen Hager und Hilbig (2024), dass kommunale Ausgaben für sichtbare öffentliche Güter als Wohlstandssignal wirken und die Unterstützung für populistische Parteien reduzieren. Araújo, Arretche und Beramendi (2024) dokumentieren, dass Infrastrukturinvestitionen nachhaltige elektorale Effekte entfalten, wenn sie über Spillover-Effekte das lokale Alltagsumfeld sichtbar verbessern. Diese Evidenz spricht gegen eine reine Transferlogik und legt eine Relevanz von Ausgestaltung, Sichtbarkeit sowie lokaler Umsetzungskapazität nahe. In ähnlicher Stoßrichtung verweist unsere Forschung zu Kürzungen im größten deutschen Regionalförderprogramm, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), auf die Bedeutung lokaler Reaktionen als Bedingung politischer Effekte (Heddeshheimer, Hilbig und Wiedemann 2026).

Parallel zur Forschung zu regionalen Förderprogrammen hat sich eine breitere Literatur zu gezielten kompensatorischen Maßnahmen entwickelt, die wirtschaftliche Schocks – etwa durch Handel, technologische Veränderungen oder sektorale Krisen – abfedern sollen. Diese Arbeiten verfolgen ähnliche normative Ziele wie die Regionalpolitik, konzentrieren sich jedoch auf spezifische Gruppen oder Branchen. Auch hier ist das Bild der politischen Wirkungen uneinheitlich. Einige Studien zeigen, dass gezielte Kompensationsprogramme politische Unzufriedenheit verringern können, indem sie ökonomische Verluste mindern und das Vertrauen in politische Entscheidungsträger stärken (Kim und Pelc 2021; Rickard 2023). Andere Forschung verweist jedoch auf die Ambivalenz solcher Maßnahmen: Kompensation kann selbst politische Signale erzeugen, indem sie betroffene Gruppen erst auf die Kosten wirtschaftlicher Umbrüche aufmerksam macht. Kim und Gulotty (2024) dokumentieren, dass dies zu einem „Verunsicherungseffekt“ führen kann, der Amtsinhaber insbesondere in Regionen bestraft, die nur geringfügig betroffen sind. Und selbst dort, wo Kompensation substanzielle finanzielle Unterstützung bietet, sind die politischen Effekte oft begrenzt: Jares und Malhotra (2025) finden, dass erhebliche Transferzahlungen an US-Landwirte während des Handelskonflikts kaum Auswirkungen auf Wahlbeteiligung oder politisches Engagement hatten.

Vor diesem Hintergrund rückt der deutsche Fall in besonderer Weise in den Fokus. Mit dem Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen (GFS) verfügt Deutschland seit 2020 über ein

institutionell einzigartiges Bündel räumlich zielgerichteter Förderinstrumente, das klassische Wirtschaftsförderung, Infrastrukturinvestitionen, Innovationsprogramme sowie gesellschafts- und demokratiefördernde Maßnahmen unter einem gemeinsamen Rahmen zusammenführt. Anders als viele bislang untersuchte Programme erlaubt das GFS damit nicht nur eine erhebliche Ausweitung der regionalen Förderintensität, sondern auch eine systematische Variation der inhaltlichen Ausgestaltung von Förderung innerhalb derselben Regionen. Dies ermöglicht eine Analyse der politischen Wirkung nach Programmtypen, nicht nur im Aggregat. Gerade angesichts der ausgeprägten regionalen Transformationskonflikte in Deutschland (vgl. Mitsch und McNeil 2022; Radtke und Löw-Beer 2025; Reitzenstein et al. 2022; Schönauer und Glanz 2023) stellt sich daher die Frage, ob und unter welchen Bedingungen das GFS als sichtbares staatliches Gegensignal wirken kann, das politische Polarisierung abschwächt und Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit stärkt.

Daher untersuchen wir in dieser Studie, ob und wie die verschiedenen Komponenten der GFS-Förderung politische Einstellungen und Verhalten beeinflussen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob eine höhere

regionale Förderintensität, sowohl insgesamt als auch auf Ebene einzelner Fördersäulen, zur politischen Stabilität beiträgt, etwa durch geringere Unterstützung extremistischer und populistischer Parteien wie der AfD. Unser Beitrag besteht in der erstmaligen Verknüpfung einer feinräumigen Analyse der Förderverteilung mit einer kausalen Untersuchung politischer Effekte auf lokaler Ebene sowie einer differenzierten Betrachtung einzelner GFS-Teilkomponenten.

Der Aufbau der Studie folgt der analytischen Logik, die von der Mittelverteilung zur politischen Wirkung führt. Nach einer Vorstellung des Fördersystems (Kapitel 2) und der Erläuterung des methodischen Vorgehens (Kapitel 3) analysieren wir in einem ersten empirischen Schritt die räumliche Verteilungsstruktur der GFS-Mittel (Kapitel 4). Im Zentrum der Untersuchung steht anschließend die Kausalanalyse der Wahlergebnisse auf lokaler Ebene (Gemeinden, mit Zuordnung der Förderung auf Landkreisebene, Kapitel 5), in der wir auch die Rolle des regionalen Transformationsdrucks untersuchen. Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse sowie den daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen (Kapitel 6).

2. Das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen

Das Gesamtdeutsche Fördersystem (GFS) wurde zum 1. Januar 2020 eingeführt, um die Regionalförderung des Bundes erstmals unter einem gemeinsamen Dach zu bündeln. Es umfasst über 20 Förderprogramme aus sieben Ressorts in sechs Förderbereichen und richtet sich an strukturschwache Regionen in ganz Deutschland, unabhängig von Ost/West oder Stadt/Land. Damit geht das GFS deutlich über die klassische Wirtschaftsförderung hinaus und kombiniert Investitionen in Wirtschaft, Innovation, Infrastruktur, Digitalisierung sowie soziale und gesellschaftliche Teilhabe.¹ Tabelle 1 beschreibt die drei GFS-Säulen, die dazugehörigen Förderprogramme, sowie deren Förderziel.

Die Einrichtung des GFS geht auf Empfehlungen der Facharbeitsgruppe „Wirtschaft und Innovation“ der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ aus dem Jahr 2019 zurück. Ziel war es, die vielen bestehenden Programme stärker zu koordinieren, für Transparenz bei der regionalen Mittelverteilung zu sorgen und die Wirksamkeit der Regionalpolitik systematischer zu evaluieren. Zentrales Ziel des GFS ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu fördern. Strukturschwache Regionen sollen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten können. Die räumliche Abgrenzung strukturschwacher Regionen orientiert sich weitgehend an

der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW): Kriterien sind regionale Einkommen, Unterbeschäftigung, demografische Entwicklung und Infrastruktur. Auf dieser Grundlage erhalten strukturschwache Regionen besondere Förderkonditionen oder exklusiven Zugang zu bestimmten Programmen.

Im April 2025 führte die Bundesregierung erstmals eine programmübergreifende Evaluation des Gesamtdeutschen Fördersystems durch (BMWK 2025). Dem Bericht zufolge trägt das GFS mittel- und langfristig zu messbaren Verbesserungen der regionalen Entwicklung bei: Regionen, die GFS-Mittel erhalten, verzeichnen höhere Wirtschaftsleistung, mehr Beschäftigung, steigende Löhne, zusätzliche Investitionen, eine stärkere Innovationsdynamik sowie eine verbesserte Breitbandverfügbarkeit. Gleichzeitig wirkt sich die Förderung positiv auf Wanderungssalden und damit auf die Bevölkerungsentwicklung aus, was darauf hindeutet, dass das GFS die Attraktivität strukturschwacher Regionen steigert und – bei ausreichender Mittelausstattung – zu einer konvergierenden Entwicklung zwischen Regionen beitragen kann. Die politischen Folgewirkungen des GFS, insbesondere auf das regionale Wahlverhalten, sind bislang jedoch nicht systematisch untersucht worden.

1 <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/gesamtdeutsches-foerdersystem.html>

GFS-Säule
(Analytische
Kategorie)

Wirtschaftsförderung

Förderprogramm (Subkomponente)	Beschreibung	Förderziel
GRW – Gewerbliche Wirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)	Investitionszuschüsse für Unternehmen in strukturschwachen Regionen zur Errichtung, Erweiterung oder Modernisierung von Betriebsstätten.	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Unternehmen, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Anstoß privatwirtschaftlicher Investitionen.
Innovation & Strukturwandel	Stärkung regionaler Innovationsökosysteme in strukturschwachen Regionen; themenoffen, bottom-up, Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren regionalen Akteuren.	Aufbau zukunftsweisender Innovationsschwerpunkte; Unterstützung nachhaltigen Strukturwandels; Förderung interdisziplinärer und strategischer Bündnisse.
Unternehmen Region	Förderung regionaler Innovationsbündnisse; Kooperation von Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen.	Aufbau und Stärkung regionaler Innovationsstrukturen; Entwicklung zukunftsfähiger technologischer Profile; Unterstützung innovationsorientierten Strukturwandels.
INNO-KOM (Innovationskompetenz)	F&E-Förderung ¹ für gemeinnützige außeruniversitäre Industrieforschungseinrichtungen in strukturschwachen Regionen; Unterstützung marktorientierter Entwicklung, Vorlaufforschung und infrastruktureller Modernisierung.	Stärkung regionaler Innovationskompetenz; Transfer von Forschungsergebnissen in KMU; Erhalt leistungsfähiger Forschungsinfrastruktur.
Kommunen innovativ	FuE-Vorhaben von Kommunen in Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft; Entwicklung neuer Lösungen für demografischen Wandel, Daseinsvorsorge und nachhaltige Kommunalentwicklung.	Stärkung kommunaler Innovations- und Gestaltungskapazitäten; Aufbau praxistauglicher Modelle für Verwaltung, Infrastruktur, Beteiligung und nachhaltige Regionalentwicklung – insbesondere in strukturschwachen Regionen.
ZIM (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand)	Technologie- und branchenoffene Förderung marktorientierter F&E-Projekte von KMU; umfasst Einzelprojekte, Kooperationsprojekte und Innovationsnetzwerke.	Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen; Unterstützung von Erstinnovatoren, Kooperationen und regionalen Innovationsnetzwerken, besonders in strukturschwachen Regionen.
EXIST (Existenzgründungen aus der Wissenschaft)	Fördert Aufbau und Weiterentwicklung von Hochschul-Gründungsstrukturen; Unterstützung regionaler Gründungsnetzwerke; Stärkung von Start-up-Ökosystemen an Hochschulen.	Hebung ungenutzter Gründungspotenziale; Verankerung unternehmerischen Denkens an Hochschulen; Steigerung innovativer Ausgründungen, insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Infrastruktur &
Daseinsvorsorge

GRW – Wirtschaftsnahe Infrastruktur	Förderung kommunaler Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur wie Gewerbe- und Technologiezentren, touristische Infrastruktur, Bildungs- und Forschungseinrichtungen.	Verbesserung regionaler Standortbedingungen, Unterstützung lokaler Wertschöpfungsketten und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts, Erhöhung der Investitionsbereitschaft von Unternehmen.
Breitbandförderung (Graue-Flecken-Förderung)	Förderung des Gigabit-Ausbaus in unterversorgten Gebieten; Finanzierung von Planung, Beratung und Ausbau von Glasfaserinfrastruktur über Wirtschaftlichkeitslücken- und Betreibermodelle.	Schließung digitaler Versorgungslücken; Verbesserung der Standortattraktivität v. a. ländlicher/strukturschwacher Regionen; Sicherstellung digitaler Teilhabe für Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen.
Digital Jetzt	Zuschüsse für KMU zur Digitalisierung von Geschäftsprozessen, inkl. Investitionen in Hard-/Software sowie Qualifizierung der Beschäftigten.	Beschleunigung der digitalen Transformation und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, mit erhöhten Förderquoten für strukturschwache Regionen.

GFS-Säule (Analytische Kategorie)	Förderprogramm (Subkomponente)	Beschreibung	Förderziel
Infrastruktur & Daseinsvorsorge	Städtebauförderung	Finanzierung integrierter städtebaulicher Gesamtmaßnahmen in Kommunen; umfasst die Programme Lebendige Zentren, Sozialer Zusammenhalt sowie Wachstum und nachhaltige Erneuerung.	Nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung durch Aufwertung von Ortskernen, Stabilisierung benachteiligter Quartiere und Bewältigung städtebaulicher Transformationsprozesse (inkl. Klimaanpassung).
	ÜBS-Investitionen (Überbetriebliche Berufsbildungsstätten)	Investive Förderung für Bau, Modernisierung und Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten; inkl. Digitalisierung und Entwicklung zu Kompetenzzentren.	Stärkung der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung; Sicherung der Fachkräftebasis v. a. im Mittelstand; Modernisierung der Qualifizierungsinfrastruktur – mit erhöhten Fördersätzen in strukturschwachen Regionen.
Gesellschaft & Demokratie	Zukunftswerkstatt Kommunen	Unterstützungsprogramm für Kommunen zur Entwicklung lokaler Demografiestrategien; umfasst externe Beratung, Analyseprozesse und Teilnehmungsformate zur Gestaltung des demografischen Wandels.	Stärkung sozialer Infrastruktur, Beteiligung und Attraktivität der Kommune durch strategische Bewältigung des demografischen Wandels – insbesondere in strukturschwachen Regionen.
	Mehrgenerationenhaus	Niedrigschwellige Begegnungs- und Unterstützungsorte, die generationenübergreifende Angebote, Beratung, Engagementförderung und soziale Teilhabe in Kommunen bereitstellen.	Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Förderung von Teilhabe und freiwilligem Engagement, Unterstützung beim Umgang mit demografischem Wandel und Verbesserung der lokalen Lebensqualität – insbesondere in strukturschwachen Regionen.
	Partnerschaften für Demokratie (Teil von „Demokratie leben!“)	Kommunale Netzwerk- und Förderstruktur zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention.	Stärkung lokaler Zivilgesellschaft, Ausbau demokratischer Teilhabe (insbesondere Jugendbeteiligung) und Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – mit besonderer Relevanz für strukturschwache Kommunen.

3. Daten und methodischer Ansatz

3.1 Verwendete Datenquellen

Um den politischen Einfluss der regionalen Förderung im Rahmen des Gesamtdeutschen Fördersystems (GFS) systematisch zu untersuchen, verknüpfen wir GFS-Förderdaten mit Wahldaten.

3.2 GFS-Förderdaten

Für die Analyse nutzen wir administrative Förderdaten des Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen (GFS), die uns vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) zur Verfügung gestellt wurden. Die Daten liegen auf Kreisebene vor und erfassen für das Jahr 2022 die tatsächlichen Mittelabflüsse aller am GFS beteiligten Ressorts. Die Fördersummen sind nicht nur aggregiert, sondern nach einzelnen Programmlinien aufgeschlüsselt. Dadurch lassen sich zentrale Bereiche der regionalen Förderung, darunter die gewerbliche Wirtschaftsförderung (GRW), kommunale Infrastruktur, Innovations- und Forschungsprogramme, Digitalisierungsmaßnahmen sowie gesellschaftliche und demokratiefördernde Projekte, getrennt analysieren. Um eine konsistente und analytisch handhabbare Struktur zu gewährleisten, bündeln wir die Vielzahl der Programme zu thematischen Säulen (Wirtschaft, Infrastruktur, Gesellschaft). Diese Säulenklassifikation beruht auf der offiziellen Programmsystematik des BMWE (BMWK 2025, Abbildung 1). Alle Förderbeträge werden als Pro-Kopf-Werte berechnet und anschließend standardisiert.² Die geschätzten Effekte können somit einheitlich als Veränderung pro Standardabweichung der regionalen Förderintensität interpretiert werden.

3.3 Sozioökonomische Strukturdaten

Wir verknüpfen die GFS-Daten mit sozioökonomischen Indikatoren aus dem INKAR-Datensatz des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2025). Die Daten liegen auf Kreisebene vor und stammen aus dem Jahr 2020, also unmittelbar vor

Beginn der GFS-Förderperiode. Da wir Daten aus dem Jahr 2020 nutzen, vermeiden wir Endogenitätsprobleme, die entstehen könnten, wenn strukturelle Merkmale bereits selbst durch die Förderung beeinflusst wurden. Konkret berücksichtigen wir folgende Variablen: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Medianeinkommen, Bruttolöhne, Mietpreisniveau, Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor, Beschäftigtenanteil in der Industrie, Ausländeranteil, Abiturquote sowie den Anteil an Geflüchteten.

3.4 Wahldaten

Für die Analyse politischer Effekte verknüpfen wir die GFS-Förderdaten mit harmonisierten amtlichen Wahlergebnissen aus der German Election Database (GERDA), die konsistente Gemeinde- und Kreisdaten für deutsche Wahlen bereitstellt (Heddesheimer et al. 2025). Wir konzentrieren uns dabei auf drei Landtagswahlen, die zeitlich unmittelbar nach dem Förderzeitraum des GFS liegen und daher besonders geeignet sind, mögliche politische Reaktionen auf die regionale Förderintensität abzubilden. Konkret betrachten wir die Wahl zum 19. Landtag von Niedersachsen am 9. Oktober 2022 sowie die Wahlen zum 19. Bayerischen und Hessischen Landtag, die beide am 8. Oktober 2023 stattfanden.

Für alle drei Wahlen – sowie die Landtagswahlen vor 2022 – stellt GERDA vollständig harmonisierte Zweitstimmenergebnisse auf Gemeindeebene zur Verfügung, die wir für die Analyse nutzen und anschließend über die Gemeindegemeinschaften den Förderdaten zuordnen. Die Gemeinde bildet damit die zentrale Analyseeinheit, während Kreisgrenzen ausschließlich zur Verbindung mit den GFS-Förderdaten herangezogen werden.

Unser Hauptinteresse gilt dabei dem AfD-Stimmenanteil. Die Fokussierung auf die AfD als zentrale abhängige Variable folgt der etablierten Forschung zur „Geography of Discontent“. Diese Forschungsrichtung zeigt, dass sich wahrgenommene regionale Benachteiligung und ökonomischer Statusverlust in

² Standardisiert bedeutet hier, dass die Variable durch Ihre eigene Standardabweichung geteilt wird. Das Resultat sind Variable, die alle auf der gleichen Skala sind.

Deutschland primär in der Unterstützung für rechtspopulistische Parteien manifestieren (Dippel et al. 2022, Heddesheimer, Hilbig und Wiedemann 2026). Während Nichtwahl oft Resignation ausdrückt, stellt die Wahl der AfD ein aktives ‚Anti-System-Signal‘ dar, das direkt mit der Unzufriedenheit über staatliche Leistungen und regionale Ungleichheit korreliert ist. Da das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im untersuchten Zeitraum (2022/2023) noch nicht wählbar war, stellt die AfD den validesten Indikator für politisch kanalisiertem Unmut in strukturschwachen Räumen dar.

Wir verzichten auf die Analyse von Bundestagswahldaten, da uns GFS-Förderdaten ausschließlich für das Jahr 2022 vorliegen. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen würde den Zeitraum zwischen 2021 und 2025 umfassen. Da die Förderlandschaft nach 2022 mangels Daten nicht abgebildet werden kann, ist eine valide Analyse nicht möglich. Insbesondere bestünde die Gefahr erheblicher Messfehler, sofern die regionale Mittelverteilung in den Jahren 2023 und 2024 nicht stark mit der im Jahr 2022 korreliert. Würden sich die geförderten Regionen in den Folgejahren unterscheiden, führte die alleinige Nutzung der 2022er-Daten zu verzerrten Ergebnissen. Aus methodischer Vorsicht beschränken wir uns daher auf die Analyse der zeitnahen Landtagswahlen.

3.5 Indikatoren für Transformationsdruck

Um zu untersuchen, ob die Förderung unter hohem Dekarbonisierungs- und Anpassungsdruck anders wirkt, integrieren wir zwei spezifische Maße für den strukturellen Anpassungsdruck, die auf Ebene der Landkreise gemessen werden:

Transformationsstress-Index: Dieser dynamische Indikator basiert auf der Methodik von Südekum und Rademacher (2024). Er identifiziert Landkreise, deren Wirtschaftsstruktur stark auf Branchen spezialisiert ist, denen es in der Vergangenheit (2000–2019) nicht gelungen ist, ihre Emissionen von der Wertschöpfung zu entkoppeln. Ein hoher Wert signalisiert somit einen technologischen Rückstand und hohen künftigen Umbaubedarf.

Anteil emissionsintensiver Beschäftigung („Brown Jobs“): Dieser statische Indikator folgt der Klassifikation von Vona et al. (2018) sowie Heddesheimer, Hilbig und Voeten (2025). Er misst auf Ebene der

Landkreise den Anteil der Beschäftigten in spezifischen Berufen, die überproportional stark in umweltbelastenden Industrien konzentriert sind und deren Qualifikationen kaum auf „grüne“ Sektoren übertragbar sind. Ein hoher Anteil deutet auf ein erhöhtes Risiko von Statusverlusten und struktureller Arbeitslosigkeit hin.

3.6 Empirische Strategie

Um den tatsächlichen Einfluss der Förderung zu isolieren, nutzen wir einen Differenz-von-Differenzen-Ansatz (Difference-in-Differences, DiD). Dabei vergleichen wir nicht nur den Status quo zwischen geförderten und nicht geförderten Regionen, sondern deren Entwicklung über die Zeit. Anstatt lediglich zu fragen, ob Menschen in Fördergebieten anders wählen als anderswo, untersuchen wir, ob sich ihr Wahlverhalten ab dem Zeitpunkt der Förderung anders verändert, hat als in vergleichbaren Regionen mit geringerer Mittelzuweisung. Dieser Ansatz fungiert als Vergleichstest unter Realbedingungen: Er filtert grundlegende, zeitkonstante Unterschiede heraus, die ohnehin zwischen den Regionen bestehen (z. B. historisch bedingte politische Präferenzen), und konzentriert sich rein auf den Zuwachs oder Rückgang im Zeitverlauf. Ein zentraler Vorteil dieser Methode ist die sogenannte Trendbereinigung. Politische Stimmungen ändern sich oft bundesweit gleichzeitig – etwa durch nationale Krisen, Inflation oder globale Ereignisse. Würde man lediglich die Situation vor und nach der Mittelvergabe in den Förderregionen betrachten, liefe man Gefahr, allgemeine bundesweite Schwankungen fälschlicherweise der Regionalpolitik zuzuschreiben. Der DiD-Ansatz trägt dem Rechnung, indem er den „allgemeinen Trend“, der auch in den weniger geförderten Vergleichsregionen beobachtet wird, als Basislinie abzieht. Der gemessene Effekt ist somit ausschließlich jener Teil der Veränderung, der spezifisch auf die zusätzliche Förderung zurückzuführen ist. In unseren Analysen operationalisieren wir die regionale Förderintensität als kontinuierliches „Treatment“ auf Ebene der Landkreise. Konkret messen wir für jeden Landkreis, wie hoch die Pro-Kopf-Fördermittel der einzelnen GFS-Programmsäulen im Jahr 2022 ausfallen. Dieses Jahr bildet die Grundlage, da hierfür erstmals vollständige, programmübergreifend harmonisierte Förderdaten vorliegen.

Um politische Veränderungen einordnen zu können, definieren wir spezifische Zeitfenster: Die Landtagswahlen in Niedersachsen (2017), Bayern (2018) und

Hessen (2018) bilden die Pre-Periode (vor Wirksamkeit der GFS-Mittel). Die Wahlen 2022 bzw. 2023 stellen die Post-Periode dar. Wir beobachten also, wie sich der AfD-Stimmenanteil in Regionen mit hoher vs. niedriger GFS-Förderung relativ zu diesem Ausgangsniveau entwickelt hat.

3.7 Darstellung der Ergebnisse

Zur Darstellung der Ergebnisse verwenden wir Coefficient Plots (Koeffizienten-Diagramme). Diese visualisieren die geschätzten Regressionskoeffizienten als Punktschätzer sowie die zugehörigen 95-Prozent-Konfidenzintervalle. Ein Intervall, das die Nulllinie nicht schneidet, weist auf einen statistisch signifikanten Effekt auf dem 5-Prozent-Niveau hin. Diese Darstellungsform ermöglicht eine effiziente Bewertung von Richtung, Stärke und Präzision der geschätzten Zusammenhänge.

4. Verteilung der GFS-Fördermittel: Deskriptive Analyse

Bevor wir die politischen Wirkungen der Förderung untersuchen, analysieren wir in einem ersten Schritt die Verteilung des Gesamtdeutschen Fördersystems. Ziel dieser deskriptiven Analyse ist es, ein Verständnis dafür zu entwickeln, ob und wie die Mittelvergabe mit der sozioökonomischen und politischen Struktur der Landkreise zusammenhängt.

Für die Analyse der Mittelvergabe nutzen wir Strukturdaten der Plattform INKAR (Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Wir korrelieren die Pro-Kopf-Auszahlungen der einzelnen GFS-Unterprogramme (Stand 2022) mit einer Reihe relevanter ökonomischer, demografischer und politischer Indikatoren auf Landkreisebene (Stand 2020/2021). Die Analyse umfasst bivariate Korrelationen zwischen 16 untersuchten GFS-Förderprogrammen und 14 ausgewählten Strukturindikatoren. Dies erlaubt uns, Muster zu identifizieren, die über einzelne Programme hinweggehen, aber auch einzelner Säulen abzubilden.

4.1 Allgemeine Verteilungsmuster: Fokus auf Strukturschwäche

Abbildung 1 stellt die Korrelation der GFS Förderprogramme mit verschiedenen Indikatoren dar. Betrachtet man die Verteilung über alle Programmlinien hinweg, bestätigt sich die grundlegende Ausrichtung des GFS auf strukturschwache Räume. Die Fördermittel fließen primär in Regionen, die ökonomisch und demographisch unter Druck stehen. Besonders deutlich wird dies am Zusammenhang mit politischen Indikatoren: Die Förderintensität weist bei den zentralen Programmen eine hohe positive Korrelation mit dem AfD-Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2021 auf. Spitzenreiter ist hier die „GRW-Gesamt“ ($r = 0,58$), gefolgt von der „GRW-Gewerbe“ ($r = 0,55$). Es ist zu betonen, dass diese ungewichteten Korrelationen rein deskriptiv sind und primär widerspiegeln, dass die administrativen Förderkriterien (Strukturschwäche) räumlich stark mit politischer Unzufriedenheit überlappen. Das GFS adressiert damit faktisch jene Regionen, die nicht nur ökonomisch unter Druck stehen, sondern in denen sich politischer Protest bereits in hohen Zustimmungswerten für populistische Parteien manifestiert hat. Entsprechend zeigt sich bei diesen

Programmen eine starke negative Korrelation mit Wohlstandsindikatoren. Regionen mit hoher GRW-Förderung zeichnen sich durch signifikant niedrigere Medianeinkommen ($r = -0,42$) und ein geringeres Mietpreisniveau ($r = -0,35$) aus.

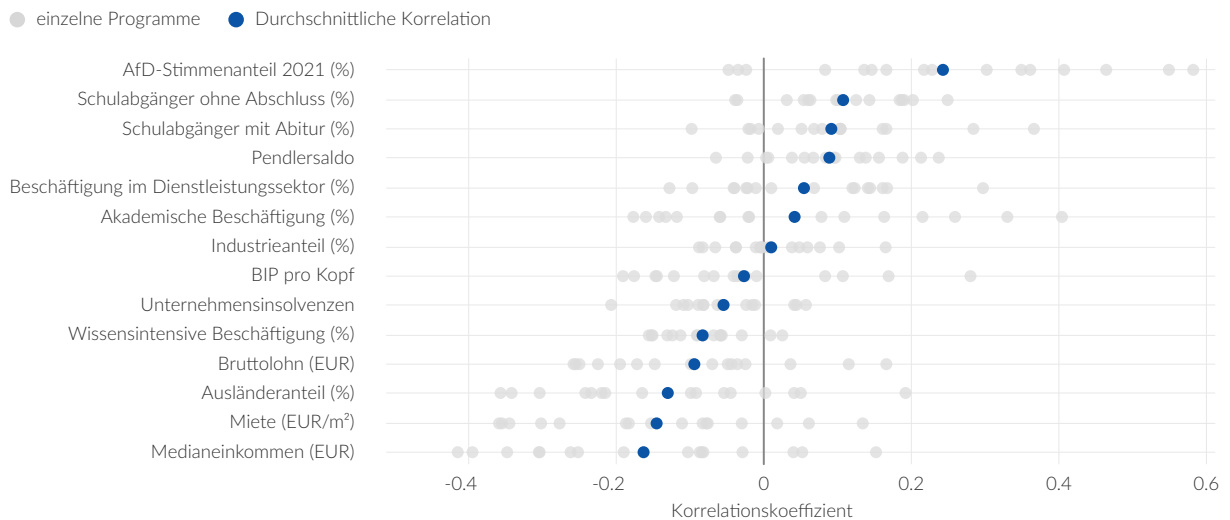
4.2 Heterogenität der Förderung

Hinter diesem allgemeinen Befund verbergen sich jedoch drei unterschiedliche Verteilungsmechanismen. Die Detailanalyse der Korrelationen offenbart, dass das GFS keineswegs einheitlich wirkt, sondern unterschiedliche Zielsetzungen parallel verfolgt.

Die finanziell gewichtigsten Förderbereiche folgen einer klaren Kompensationsstrategie und adressieren gezielt Defizite. Dies gilt für die Programme der GRW (Gewerbe und Infrastruktur), die starke Zusammenhänge mit ökonomischer Schwäche und hohem AfD-Wahlverhalten aufweisen. Interessanterweise folgen die zivilgesellschaftlichen Programme demselben Muster. Die „Partnerschaften für Demokratie“ ($r = 0,41$ mit AfD-Anteil) und „Mehrgenerationenhäuser“ ($r = 0,35$) korrelieren fast ebenso stark mit dem AfD-Wahlergebnis wie die Wirtschaftsförderung. Zudem fließen diese Mittel überdurchschnittlich in Regionen mit niedrigem Einkommen ($r = -0,30$). Diese Instrumente wirken somit hochgradig umverteilend und zielen auf die Regionen mit dem größten sozioökonomischen und politischen Handlungsbedarf.

Demgegenüber stehen Programme, die auf technologische Leuchttürme zielen und einer Effizienzstrategie folgen. Hier fließen die Mittel tendenziell in Regionen, die bereits stark sind. Ein zentrales Beispiel ist „EXIST-Potentiale“. Dieses Programm korreliert positiv mit dem Pendlersaldo ($r = 0,37$), der akademischen Beschäftigung ($r = 0,33$) und dem BIP pro Kopf ($r = 0,28$). Auch „Unternehmen Region“ zeigt positive Zusammenhänge mit akademischer Beschäftigung ($r = 0,26$). Diese Programme stärken bestehende Innovationscluster (oft Universitätsstädte), anstatt Schwächen in der Breite auszugleichen. Folgerichtig zeigen diese Programme keine oder sogar leicht negative Korrelationen mit dem AfD-Stimmenanteil.

ABBILDUNG 1 Korrelation der GFS-Programme mit Indikatoren auf Landkreisebene



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

Eine dritte Gruppe von Programmen zeigt kaum signifikante Zusammenhänge mit den untersuchten Strukturvariablen, was auf eine breite Streuung hindeutet. Programme wie „Zukunftswerkstatt Kommunen“ oder „Digital Jetzt“ weisen nur sehr schwache Korrelationen (meist $r < 0,1$) mit Indikatoren wie Einkommen, Industrieanteil oder politischer Einstellung auf. Auch die Städtebauförderung zeigt in dieser Analyse keine starke räumliche Konzentration auf spezifische Problemlagen. Diese Verteilung ist vermutlich stark durch die Antragsaktivität der Kommunen und Unternehmen getrieben und weniger durch eine gezielte regionale Steuerung des Bundes.

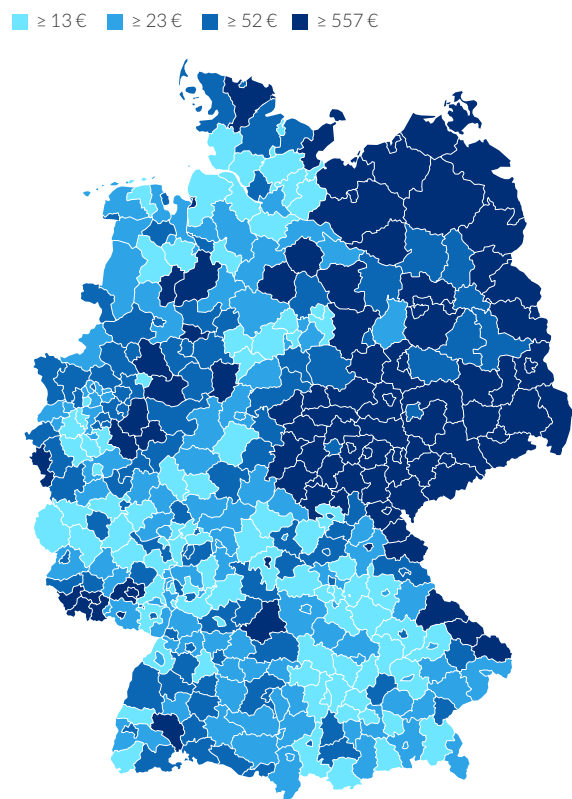
Zusammenfassend lässt sich festhalten: Während der Großteil der Mittel (GRW, Demokratieprogramme) als klassische Ausgleichspolitik in politisch fragile und ökonomisch schwache Räume fließt, stärken die Innovationssäulen (v.a. EXIST) gezielt die leistungsfähigen Zentren.

4.3 Räumliche Verteilung

Abbildung 2 veranschaulicht die geographische Verteilung der GFS-Fördermittel auf Landkreisebene in Euro je Einwohner. Die Analyse zeigt, dass die höchsten Förderintensitäten zwar überwiegend in den ostdeutschen Bundesländern liegen, dieses Muster jedoch durch signifikante Konzentrationen in westdeutschen Grenzregionen durchbrochen wird. Die bundesweit höchsten Gesamtsummen entfallen

auf Landkreise in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, wobei der Altmarkkreis Salzwedel mit einer Gesamtförderung von rund 557

ABBILDUNG 2 Geographische Verteilung der GFS Fördermittel (Landkreise & kreisfreie Städte)



Quelle: GFS-Förderdaten des BMWF.

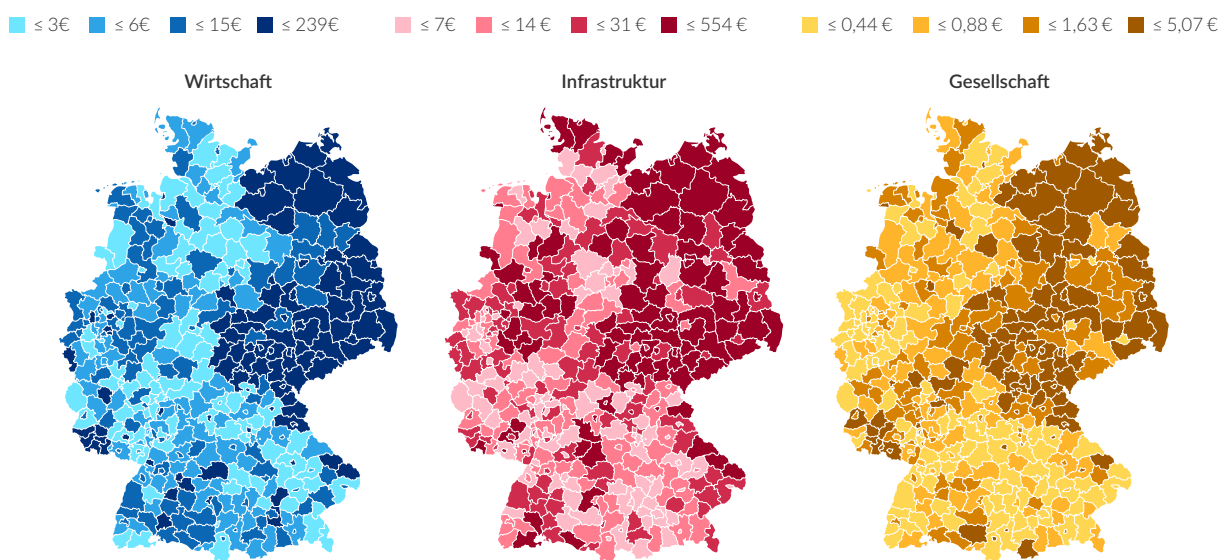
Euro je Einwohner den Spitzenwert im Datensatz einnimmt, gefolgt vom Landkreis Ludwigslust-Parchim (ca. 468 Euro) und dem Schmalkalden-Meiningenkreis (ca. 324 Euro). Gleichzeitig verzeichnen bayerische Landkreise im ehemaligen Zonenrandgebiet Förderintensitäten, die jene vieler ostdeutscher Regionen erreichen oder sogar übertreffen. So weisen der Landkreis Cham (ca. 281 Euro), der Landkreis Tirschenreuth (ca. 211 Euro) und der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge (ca. 178 Euro) Werte auf, die weit über dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Im Gegensatz dazu fallen die Zuwendungen in wirtschaftsstarken westdeutschen Ballungsräumen wie München, Frankfurt am Main oder Düsseldorf mit Werten zwischen 7 und 13 Euro je Einwohner sehr gering aus.

Abbildung 3 zeigt, dass das finanzielle Gesamtvolumen auf Kreisebene maßgeblich durch die Säulen Wirtschaft und Infrastruktur bestimmt wird, wobei die Infrastrukturförderung für die extremsten Ausschläge in der Verteilung verantwortlich ist. Im Altmarkkreis Salzwedel entfällt mit rund 554 Euro je Einwohner fast die gesamte Fördersumme auf diesen Bereich. Auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim (ca. 438 Euro) dominieren Infrastrukturmittel das Gesamtbild. Die Wirtschaftsförderung hingegen weist ihre höchsten

relativen Werte in spezifischen städtischen und industriellen Zentren auf. Die Stadt Jena liegt hier mit knapp 239 Euro je Einwohner an der Spitze, gefolgt von der Stadt Chemnitz (ca. 208 Euro) und dem Landkreis Spree-Neiße (ca. 203 Euro). Auch in dieser Säule zeigen sich im Westen hohe Konzentrationen, etwa im bayerischen Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge, der eine gewerbliche Förderung von rund 171 Euro je Einwohner verzeichnet.

Die Säule Gesellschaft & Demokratie unterscheidet sich in ihrer räumlichen Verteilung und finanziellen Dimension deutlich von den investiven Bereichen, da die Förderintensitäten hier in der Spitze lediglich im niedrigen einstelligen Euro-Bereich liegen. Die höchsten Zuwendungen verzeichnen der Vogelsbergkreis in Hessen (ca. 5,10 Euro je Einwohner), der Landkreis Spree-Neiße (ca. 5,00 Euro) und die Stadt Zweibrücken in Rheinland-Pfalz (ca. 4,95 Euro). Die geographische Streuung weicht hier von den Mustern der Wirtschaftsförderung ab, da westdeutsche Kreise wie der Vogelsbergkreis oder Zweibrücken, die in den anderen Kategorien keine Spitzenwerte aufweisen, hier zu den Hauptempfängern zählen. Dies deutet auf eine Verteilungsstruktur hin, die sich geographisch anders niederschlägt als bei den kapitalintensiven Investitionsmaßnahmen.

ABBILDUNG 3 Geographische Verteilung der GFS Fördermittel nach GFS-Säule



Quelle: GFS-Förderdaten des BMWF.

4.4 Transformationsdruck und Förderverteilung

Betrachtet man den Durchschnitt über alle Programmlinien hinweg, zeigt sich praktisch kein Zusammenhang: Die durchschnittliche Korrelation liegt für beide Indikatoren nahe bei Null³. Es zeigen sich allerdings differenzierte Muster bei den einzelnen Unterprogrammen. Die „GRW-Gewerbliche Wirtschaft“ weist eine positive Korrelation sowohl mit dem Anteil emissionsintensiver Jobs ($r = 0.23$) als auch mit dem Transformationsstress auf ($r = 0.20$). Das zentrale Instrument der deutschen Regionalpolitik erreicht somit tendenziell jene Regionen, die vom industriellen Wandel betroffen sind. Dass dieser Zusammenhang jedoch eher schwach ausgeprägt ist, stützt empirisch die Diagnose von Südekum und Posch (2024): Die GRW wirkt primär reaktiv in bereits ökonomisch schwachen Gebieten, erfasst aber Regionen mit hohem Transformationsdruck nur unzureichend.

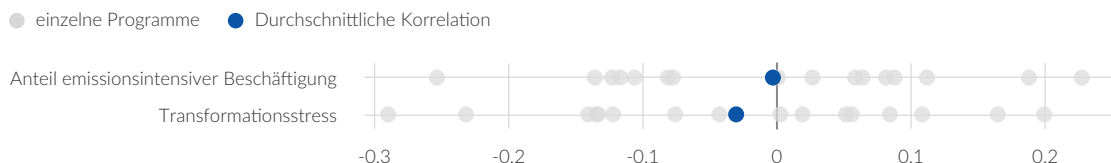
Ein gegenteiliges Bild zeigt sich hingegen bei den innovationsorientierten Programmen. Instrumente wie „EXIST-Potentiale“, „ZIM“ oder „Unternehmen Region“ korrelieren signifikant negativ mit den Transformationsindikatoren (Korrelationskoeffizienten zwischen -0.29 und -0.12). Das bedeutet: Mittel für Forschung, Entwicklung und Ausgründungen fließen tendenziell weniger in jene Regionen, die unter hohem Transformationsdruck stehen. Folglich erhalten die klassischen Industriereviere (Regionen mit höherem Anteil

emissionsintensiver Beschäftigung) zwar Unterstützung für Sachinvestitionen, partizipieren allerdings eher unterdurchschnittlich an der Förderung der Wissensökonomie.

4.5 Zusammenfassung

Die Analyse der GFS-Mittelverteilung zeigt, dass das Fördersystem im Aggregat seinen kompensatorischen Auftrag erfüllt und gezielt in ökonomisch schwache sowie politisch fragile Regionen fließt, was sich in einer hohen Korrelation der Förderintensität mit dem AfD-Stimmenanteil manifestiert. Hinter diesem allgemeinen Befund verbergen sich jedoch unterschiedliche Verteilungsmechanismen: Während die finanzstarke Wirtschafts- und Infrastrukturförderung (GRW) sowie zivilgesellschaftliche Programme gezielt Strukturdefizite adressieren und dabei neben Ostdeutschland auch westdeutsche Grenzregionen massiv unterstützen, setzen Innovationsprogramme primär auf die Stärkung bereits leistungsfähiger Zentren. Diese Divergenz führt zu einer strategischen Lücke im Strukturwandel, da Regionen mit hohem Transformationsdruck und hohen Anteilen an emissionsintensiver Beschäftigung zwar Investitionshilfen für Sachkapital erhalten, von der Förderung der Wissensökonomie jedoch weitgehend ausgeschlossen bleiben.

ABBILDUNG 4 Korrelation der GFS-Programme mit Transformationsdruck



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

3 Korrelationskoeffizienten (r) können Werte zwischen -1 und 1 annehmen.

5. Politische Wirkungsanalyse: Wahlergebnisse (Landtagswahlen)

Im Rahmen unserer Wirkungsanalyse untersuchen wir den Einfluss der GFS-Förderung auf das tatsächliche Wahlverhalten. Die Analyse basiert auf amtlichen Wahlergebnissen auf Gemeindeebene, die tatsächliches Wahlverhalten abbilden.

5.1 Fallauswahl und Datengrundlage

Daten zu den tatsächlichen Mittelabflüssen des Gesamtdeutschen Fördersystems liegen uns in harmonisierter Form für das Jahr 2022 vor. Um den Einfluss dieser Förderung auf Wahlentscheidungen messen zu können, konzentrieren wir uns auf jene Bundesländer, in denen zeitnah nach dem Einsetzen bzw. der Erfassung dieser Mittel Landtagswahlen stattfanden.

Unsere Analyse basiert daher auf einem Paneldatensatz der Landtagswahlergebnisse für drei große Flächenländer:

Niedersachsen (Wahl am 9. Oktober 2022)

Bayern (Wahl am 8. Oktober 2023)

Hessen (Wahl am 8. Oktober 2023)

In diesen Ländern beobachten wir in unseren Daten politische Trends über mehrere Legislaturperioden hinweg und testen, ob sich das Wahlverhalten in Landkreisen, die 2022 eine besonders hohe GFS-Förderung erhielten, bei den Wahlen 2022/2023 systematisch anders entwickelte als in vergleichbaren Kreisen mit geringerer Förderung. Dabei sind alle Analysen, die mit Landtagswahldaten stattfinden, auf die drei oben genannten Bundesländer beschränkt. Zu beachten ist auch, dass die Bundesländer eine zentrale Verantwortung bei der Umsetzung und (Ko-)finanzierung der GFS-Programme tragen und diese insofern auch eine landespolitische Dimension haben.

5.2 Empirische Strategie: Event-Study mit Landestrends

Zur Identifikation des Kausaleffekts nutzen wir einen Event-Study-Ansatz (dynamisches Difference-in-Differences). Anstatt lediglich Mittelwerte vor und nach der Förderung zu vergleichen, modellieren wir die Entwicklung der Parteistimmen relativ zum Zeitpunkt der ersten Wahl nach Erhalt der GFS-Mittel ($t=0$). Als Referenzkategorie dient dabei stets die letzte Wahl vor dem Förderzeitraum ($t=-1$, d. h. die Landtagswahlen 2017 in Niedersachsen bzw. 2018 in Bayern und Hessen).

Modellspezifikation

Die zentrale Schätzgleichung unseres Event-Study-Modells lautet:

$$\text{AfD}_{i,s,t} = \sum \beta_{\tau} \cdot \mathbb{1}(t = \tau) \cdot \text{GFS}_i + \sum \gamma_{\tau} \cdot \mathbb{1}(t = \tau) \cdot X_i + \alpha_i + \delta_{s,t} + \varepsilon_{i,s,t}$$

wobei $\text{AfD}_{i,s,t}$ den AfD-Stimmenanteil in Landkreis i in Bundesland s zum Wahlzeitpunkt t bezeichnet. GFS_i ist die standardisierte GFS-Förderintensität pro Kopf in Landkreis i , X_i ein Vektor sozioökonomischer Kontrollvariablen (z.B. BIP pro Kopf, Industrieanteil), α_i Landkreis-Fixed-Effects, $\delta_{s,t}$ Landes-Jahr-Fixed-Effects und $\varepsilon_{i,s,t}$ der Fehlerterm. Die Koeffizienten β_{τ} messen den Effekt einer um eine Standardabweichung höheren GFS-Förderung auf den AfD-Stimmenanteil in Periode τ relativ zur Referenzperiode ($\tau = -1$, d.h. die letzte Wahl vor Beginn der GFS-Förderung). Die Standardfehler werden auf Landkreisebene geclustert.

Um sicherzustellen, dass wir tatsächlich den Effekt der Förderung messen und nicht andere regionale Entwicklungen, schätzen wir ein robustes Modell, das für eine Vielzahl von Störfaktoren kontrolliert:

Landkreis-Fixed-Effects: Diese absorbieren alle zeit-invarianten regionalen Unterschiede, wie etwa die historische politische Kultur oder die geografische Lage eines Kreises.

Landes-Jahr-Fixed-Effects (State-Year FE): Dies ist die entscheidende Erweiterung unserer Spezifikation. Durch die Aufnahme von Interaktionstermen zwischen Bundesland und Wahljahr kontrollieren wir für spezifische politische Konjunkturen in den einzelnen Ländern. Politische Dynamiken auf Ebene der Bundesländer werden so herausgerechnet. Wir vergleichen also faktisch Landkreise innerhalb desselben Bundeslandes und desselben Wahljahres miteinander.

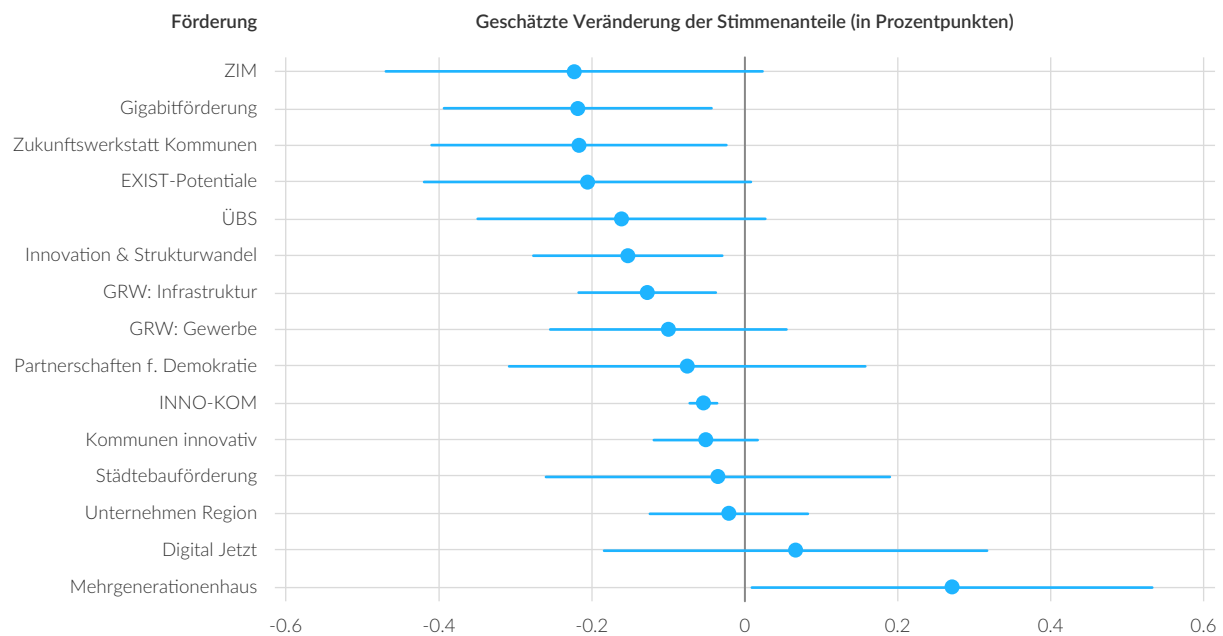
Interagierte Kontrollvariablen: Zusätzlich interagieren wir sozioökonomische Strukturmerkmale (z. B. BIP pro Kopf, Arbeitslosigkeit, Industrieanteil) mit den Zeit-Dummies. Dies erlaubt es Landkreisen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur, unterschiedliche politische Zeitpfade einzuschlagen, ohne dass dies fälschlicherweise der Förderung zugerechnet wird.

Der Fokus der folgenden Ergebnisdarstellung liegt auf dem DiD-Schätzer für die erste Post-Treatment-Periode ($t=0$). Dieser misst, wie sich der Stimmenanteil der AfD in einem Landkreis mit einer um eine Standardabweichung höheren GFS-Förderung im Vergleich zur Vorwahl ($t=-1$) verändert hat.

5.3 Ergebnisse der Landtagswahlanalyse

Die Ergebnisse der Event-Study-Analyse, dargestellt in Abbildung 5, stützen insgesamt die Vermutung, dass gezielte Regionalförderung politische Unzufriedenheit dämpfen kann. Wir finden empirische Evidenz für negative Effekte der Förderung auf das AfD-Wahlergebnis, die jedoch deutlich zwischen den verschiedenen Fördersäulen variieren.

ABBILDUNG 5 Effekt der GFS Förderung auf AfD Landtagswahlergebnisse



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

Aggregierte Effekte: Betrachtet man zunächst die drei großen Säulen (Wirtschaft, Infrastruktur, Gesellschaft), so zeigt sich, dass insbesondere die Infrastrukturförderung einen messbaren Zusammenhang mit geringerer AfD-Unterstützung aufweist. Auch für die Wirtschaftsförderung lässt sich ein solcher Zusammenhang beobachten, allerdings ist dieser statistisch nicht signifikant.

Wie Abbildung 6 verdeutlicht, weist die Infrastrukturförderung den stärksten und statistisch signifikantesten Effekt auf. Eine Erhöhung der Infrastrukturmittel um eine Standardabweichung geht in unserem Modell mit Landestrends mit einer Reduktion des AfD-Stimmenanteils um rund 0,23 Prozentpunkte einher (Koeffizient: -0,227). Das 95-Prozent-Konfidenzintervall reicht von -0,409 bis -0,045 und schließt den Nullwert aus, was dieses Ergebnis als statistisch belastbar ausweist.

Auch für die Wirtschaftsförderung deutet der Punktschätzer auf einen dämpfenden Effekt hin (-0,130). Dieser ist in der aggregierten Betrachtung jedoch statistisch nicht signifikant (Konfidenzintervall: -0,287 bis 0,026). Für den Bereich Gesellschaft & Demokratie lässt sich im Aggregat kein klarer Effekt feststellen; der Koeffizient liegt bei 0,028 und ist statistisch nicht von Null zu unterscheiden.

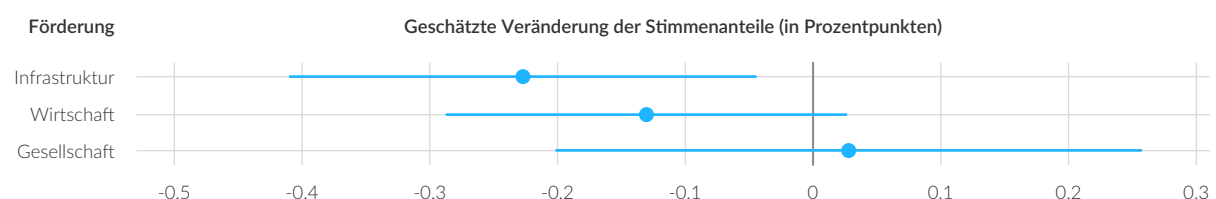
Differenzierte Analyse: Welche Programme wirken? Um die Treiber dieser Effekte genauer zu verstehen, haben wir die Analyse auf Ebene der einzelnen Förderprogramme wiederholt. Abbildung 5 zeigt die geschätzten Effekte für die 15 untersuchten Einzelkomponenten. Die Aufschlüsselung bestätigt, dass der Gesamteffekt maßgeblich durch spezifische Infrastruktur- und Innovationsprogramme getrieben wird.

Infrastruktur & Digitalisierung: Innerhalb der Infrastruktursäule erweist sich die klassische Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (GRW) als robuster Hebel. Eine starke Förderung in diesem Bereich ist mit einem signifikant geringeren AfD-Zuwachs von rund 0,13 Prozentpunkte (-0,128) verbunden. Auch die Breitbandförderung (-0,219) und die Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) (-0,161) weisen deutliche negative Vorzeichen auf. Die Breitbandförderung erreicht dabei statistische Signifikanz auf dem 95-Prozent-Niveau. Das Programm „Digital Jetzt“ zeigt keinen reduzierenden Effekt, sondern einen leicht positiven, nicht signifikanten Koeffizienten (0,066).

Innovation & Strukturwandel: Besonders hervorzuheben ist das Programm „Innovation & Strukturwandel“, das in dieser Spezifikation einen signifikant dämpfenden Effekt aufweist (-0,153). Auch die Förderung externer Industrieforschung (INNO-KOM, -0,054) zeigt einen statistisch signifikanten negativen Zusammenhang. Die klassischen Unternehmenszuschüsse der „GRW-Gewerbliche Wirtschaft“ weisen ebenfalls ein negatives Vorzeichen auf (-0,100), erreichen jedoch keine statistische Signifikanz. Das Programm „Kommunen innovativ“ (-0,051) zeigt ebenfalls keinen signifikanten Effekt. Dies deutet darauf hin, dass sowohl klassische Investitionszuschüsse als auch innovationsorientierte Maßnahmen politisch stabilisierend wirken können.

Gesellschaftliche Programme: Das heterogene Bild in der dritten Säule klärt sich bei der Detailbetrachtung auf. Das Programm „Mehrgenerationenhäuser“ (0,271) weist einen signifikant positiven Koeffizienten auf. Das Programm „Zukunftswerkstatt Kommunen“ zeigt den größten negativen Koeffizienten innerhalb dieser Säule (-0,217) und ist ebenfalls statistisch signifikant. Das Programm „Partnerschaften für Demokratie“ weist einen negativen Schätzer auf (-0,075), der jedoch statistisch nicht signifikant ist.

ABBILDUNG 6 Effekt der GFS-Säulen auf AfD Landtagswahlergebnisse



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

Zusammengenommen liefern die Landtagswahlergebnisse belastbare Hinweise darauf, dass staatliche Förderpolitik politische Unzufriedenheit mindern kann. Dies gilt jedoch nicht pauschal für jeden transferierten Euro. Auf Säulenebene zeigt die Infrastrukturförderung den stärksten stabilisierenden Effekt. Auf Programmebene tragen sowohl Infrastruktur- als auch Innovationsprogramme signifikant zur Reduktion des AfD-Stimmenanteils bei.

5.4 Heterogenitätsanalyse: Die Rolle des Transformationsdrucks

Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass regionale Fördermittel politische Unzufriedenheit dämpfen können. Um diesen Befund zu schärfen, untersuchen wir in einem vertiefenden Schritt, in welchen Regionen diese Effekte am stärksten wirken. Die regionalökonomische Forschung betont, dass die „grüne Transformation“ deutsche Regionen höchst unterschiedlich trifft. Es liegt die Vermutung nahe, dass regionale Förderung dort politisch am wirksamsten ist, wo dieser Anpassungsdruck am höchsten ist, also dort, wo das wirtschaftliche Fundament am stärksten bedroht ist und der politische Handlungsbedarf am dringendsten erscheint.

Um diese Hypothese zu testen, unterteilen wir unsere Stichprobe anhand von zwei etablierten Indikatoren:

Anteil emissionsintensiver Beschäftigung: Erfasst den Anteil der Beschäftigten in Berufen, die überproportional in umweltbelastenden Industrien konzentriert sind. Aufgrund der hohen Spezifität ihrer Qualifikationen sind diese Beschäftigten besonders stark von potenzieller Entwertung und Statusverlust bedroht.

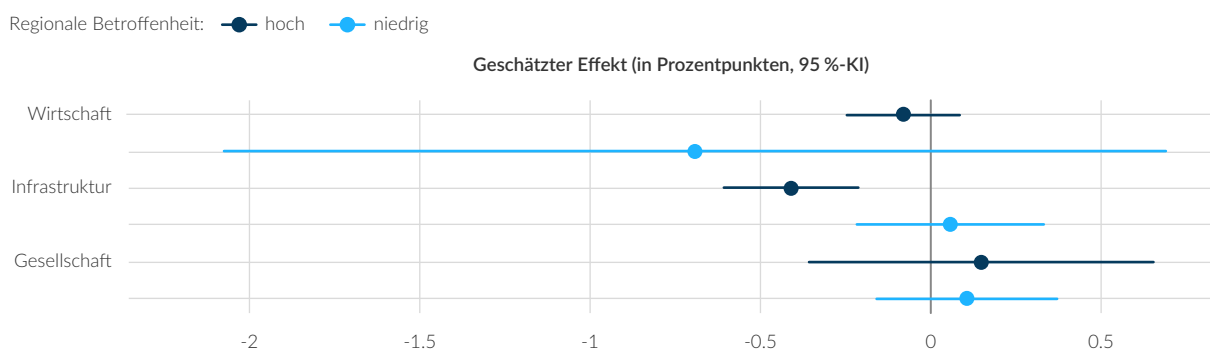
Transformationsstress-Index: Ein dynamischer Indikator, der Regionen identifiziert, die auf Branchen spezialisiert sind, deren Emissionsintensität in der Vergangenheit gestiegen ist und die daher vor besonders hohen Anpassungslasten stehen.

Wir schätzen unsere Modelle separat für Landkreise mit hoher und niedriger Betroffenheit. Die Unterteilung erfolgt dabei anhand eines Median-Splits: Landkreise, deren Werte für den Transformationsstress-Index bzw. den Anteil emissionsintensiver Beschäftigung oberhalb des Medians der Verteilung liegen, werden der Gruppe mit hohem Anpassungsdruck zugeordnet. Die Ergebnisse dieser Subgruppenanalyse, dargestellt in Abbildung 7, bestätigen die Vermutung einer zielgerichteten Wirksamkeit.

Besonders deutlich zeigt sich die stabilisierende Wirkung im Bereich der Infrastrukturförderung. In Regionen, die durch einen hohen Anteil an emissionsintensiver Beschäftigung geprägt sind, ist der Effekt der Infrastrukturmittel besonders stark ausgeprägt. Eine Erhöhung der Förderung um eine Standardabweichung geht hier mit einer Reduktion des AfD-Stimmenanteils um rund 0,41 Prozentpunkte einher (Koeffizient: -0,410). In Regionen mit geringem Anteil solcher Beschäftigungsverhältnisse ist dieser Effekt hingegen statistisch nicht von Null zu unterscheiden (Koeffizient: 0,057).

Ein ähnliches Muster offenbart der Transformationsstress-Index, dargestellt in Abbildung 8: In Regionen unter hohem Anpassungsdruck geht die Infrastrukturförderung mit einem signifikant geringeren AfD-Zuwachs von rund 0,35 Prozentpunkten einher, während der Effekt in weniger gestressten Regionen zwar vorhanden, aber deutlich schwächer ausfällt (-0,132).

ABBILDUNG 7 Effekt der GFS-Förderung auf AfD Landtagswahlergebnis nach emissionsintensiver Beschäftigung



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

Dieses Muster legt nahe, dass sichtbare Investitionen in die Daseinsvorsorge (z. B. Breitband, Bau, Bildungsinfrastruktur) vor allem dort als glaubwürdiges politisches Signal wahrgenommen werden, wo die Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft am größten ist -- ein Befund, der mit der Evidenz zu sichtbaren öffentlichen Gütern als Wohlstandssignal konsistent ist (Hager und Hilbig 2024).

Für die Wirtschaftsförderung weisen die Punktschätzer in Regionen mit hohem Transformationsdruck ebenfalls in den negativen Bereich (High-Stress: -0,101; High-Emissionsintensiv: -0,080), erreichen jedoch in der getrennten Betrachtung der Subgruppen keine statistische Signifikanz. Im Bereich Gesellschaft & Demokratie zeigen sich über alle Subgruppen hinweg keine statistisch belastbaren Effekte; die Schätzer liegen nahe Null.

Zusammenfassend deuten die Befunde darauf hin, dass die GFS-Förderung ihre politische Wirkung primär dort entfaltet, wo die strukturellen Herausforderungen am größten sind. Die Ergebnisse stützen die These, dass eine proaktive Regionalpolitik, insbesondere durch sichtbare Infrastrukturinvestitionen, gerade in jenen Regionen eine stabilisierende Gegenkraft entfalten kann, in denen die „grüne Transformation“ als normative und ökonomische Bedrohung wahrgenommen wird.

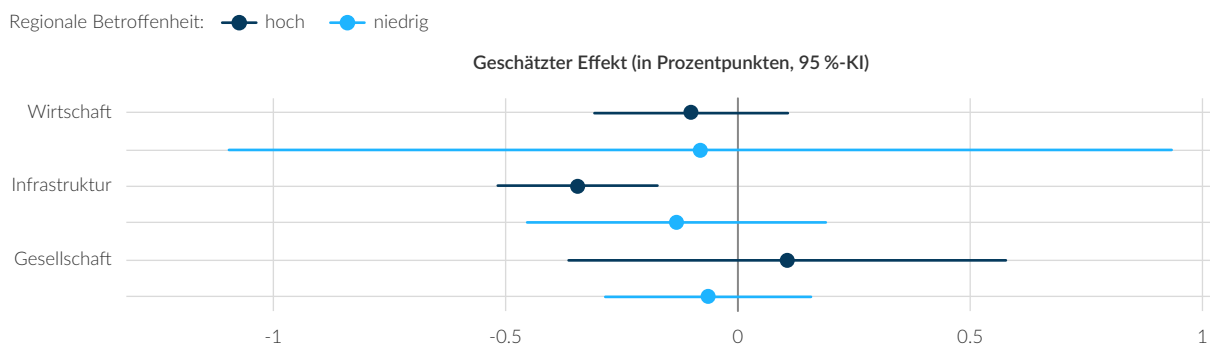
5.5 Politischer Multiplikator

Neben der generellen Wirksamkeit der Förderung ist für politische Entscheidungsträger auch relevant, wie groß die möglichen politischen Effekte im Verhältnis zum Mitteleinsatz sind. Zur Einordnung übersetzen

wir die geschätzten Koeffizienten daher in einen „politischen Multiplikator“: Dieser beschreibt, wie stark sich der AfD-Stimmenanteil rechnerisch verändert, wenn die Pro-Kopf-Infrastrukturförderung um 100 Euro steigt. Zur Einordnung: Die tatsächliche Infrastrukturförderung pro Kopf liegt im Median bei rund 15 Euro, im Mittel bei etwa 30 Euro und erreicht maximal rund 516 Euro (Standardabweichung: ca. 52 Euro), sodass eine Erhöhung um 100 Euro pro Kopf eine substantielle, aber im Rahmen der beobachteten Variation liegende Veränderung darstellt. Methodisch werden hierfür die abstrakten statistisch geschätzten Koeffizienten in reale Euro-Beträge übersetzt. Betrachtet man den Durchschnitt über alle Landkreise, führt eine solche Erhöhung zu einem rechnerischen Rückgang des AfD-Stimmenanteils um rund 0,60 Prozentpunkte.

Deutlich größere Effekte zeigen sich in Landkreisen mit hohem Anpassungsdruck. In Regionen mit einem hohen Anteil emissionsintensiver Beschäftigung ist ein Anstieg der Infrastrukturförderung um 100 Euro pro Kopf mit einem Rückgang des AfD-Stimmenanteils um etwa 1,00 Prozentpunkte verbunden. Das 95-Prozent-Konfidenzintervall (-1,49 bis -0,52 Prozentpunkte) verdeutlicht die statistische Unsicherheit der Schätzung, zeigt aber zugleich, dass der Zusammenhang über einen plausiblen Wertebereich hinweg negativ bleibt. Ein ähnliches Muster ergibt sich für den Transformationsstress: In Landkreisen mit hohem Stress beträgt der geschätzte Effekt rund -0,83 Prozentpunkte pro 100 Euro pro Kopf (95-Prozent-Konfidenzintervall: -1,25 bis -0,42). In weniger belasteten Regionen sind die Punktschätzer dagegen klein und statistisch unscharf, sodass sich dort keine belastbaren Aussagen über einen systematischen Effekt treffen lassen. Insgesamt sprechen die Befunde dafür,

ABBILDUNG 8 Effekt der GFS-Förderung auf AfD Landtagswahlergebnis nach Transformationsstress

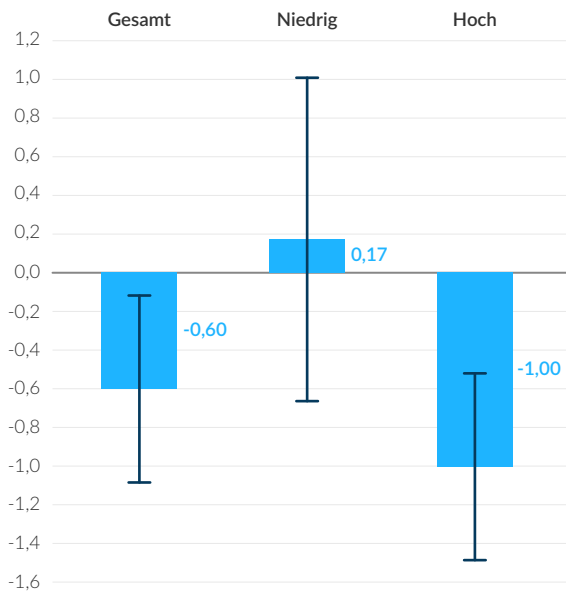


Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

dass insbesondere Infrastrukturinvestitionen dort politisch stärker mit Wahlverhalten korrespondieren, wo ökonomische Verunsicherung und Transformationsdruck ausgeprägt sind. Die Umrechnung in Eurobeträge dient dabei ausschließlich der Anschaulichkeit unter Annahme eines linearen Zusammenhangs, und ist – wie in der Abbildung gezeigt – angesichts der Konfidenzintervalle mit der gebotenen statistischen Unsicherheit zu interpretieren.

ABBILDUNG 9 Politischer Multiplikator nach emissionsintensiver Beschäftigung

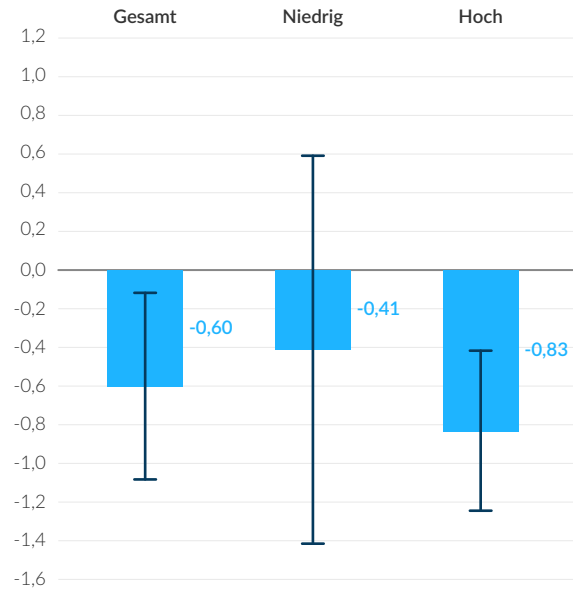
Veränderung AfD-Stimmenanteil (Prozentpunkte) je 1.000 € Investitionssumme (pro Kopf)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

ABBILDUNG 10 Politischer Multiplikator nach Transformationsstress

Veränderung AfD-Stimmenanteil (Prozentpunkte) je 1.000 € Investitionssumme (pro Kopf)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der GFS Förderdaten des BMWF.

6. Fazit und wirtschaftspolitische Implikationen

6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Unsere Analyse liefert belastbare empirische Hinweise dafür, dass staatliche Regionalförderung politische Unzufriedenheit dämpfen kann. Dieser Effekt tritt jedoch keineswegs universell auf. Im Einklang mit der Literatur zu den politischen Folgen wirtschaftlicher Benachteiligung (Rodrik 2018; Colantone und Stanig 2018) zeigt sich, dass die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien in jenen Regionen am stärksten auf Fördermaßnahmen reagiert, die unter hohem Anpassungsdruck stehen. Konkret geht eine intensivere Förderung in Landkreisen mit einem hohen Anteil emissionsintensiver Beschäftigung oder akutem „Transformationsstress“ mit einer signifikanten Reduktion des AfD-Stimmenanteils bei Landtagswahlen einher. Dieser Befund stützt die „Kompensationshypothese“ (Rickard 2023), präzisiert sie jedoch entscheidend: Nicht das Gießkannenprinzip stabilisiert, sondern die gezielte Adressierung spezifischer regionaler Verwundbarkeiten. In ökonomisch stabilen Regionen bleibt der politische Effekt der Zuwendungen hingegen weitgehend aus.

Dabei erweisen sich nicht alle Förderarten als gleichermaßen wirksam. Auf Ebene der Fördersäulen zeigt die Infrastrukturförderung den robustesten stabilisierenden Effekt. Auch die Wirtschaftsförderung weist einen negativen Punktschätzer auf, der im Aggregat jedoch statistisch nicht signifikant ist. Auf Programmebene erweisen sich insbesondere Infrastrukturprogramme (GRW-Infrastruktur, Breitband) sowie das Programm „Innovation & Strukturwandel“ als signifikant. Dies korrespondiert mit Forschungsarbeiten zur EU-Kohäsionspolitik, die die Bedeutung der Sichtbarkeit und der konkreten Verbesserung lokaler Lebensbedingungen für die politische Wahrnehmung betonen (Crescenzi et al. 2020; Albanese et al. 2022; Heddesheimer, Hilbig und Wiedemann 2026). Im Gegensatz zu Studien, die bei reinen Finanztransfers an betroffene Gruppen kaum politische Effekte finden (Jares und Malhotra 2025), scheinen strukturwirksame Investitionen in das lokale Umfeld (raumbezogene Strukturpolitik) glaubwürdiger geeignet zu sein, Zukunftsängste und Statusverluste in Transformationsregionen zu adressieren.

Ein zentraler, ambivalenter Befund der Untersuchung ist die Diskrepanz zwischen politischer Wirksamkeit und innovationspolitischer Verteilung. Während insbesondere die Infrastrukturförderung auf Säulenebene und auf Programmebene sowohl Infrastruktur- als auch Innovationsprogramme politisch in die Krisenregionen wirken, zeigt die deskriptive Analyse eine strategische Lücke: Innovationsprogramme (z. B. EXIST, ZIM) erreichen die Regionen mit dem höchsten Transformationsdruck kaum, sondern konzentrieren sich auf bereits leistungsfähige Cluster. Der durch die Dekarbonisierung induzierte Strukturwandel stellt diese Logik jedoch infrage, da gerade jene Entwicklungspfade und industriellen Spezialisierungen, die lokal verankert sind und historisch Wachstum getragen haben, im Zuge des Umbruchs voraussichtlich destabilisiert werden (Bachtrögler-Unger et al. 2023; Rodríguez-Pose und Bartalucci 2024). Wenn bestehende industrielle Kerne an wirtschaftlicher Tragfähigkeit verlieren, erodiert zugleich die lokale Wissensbasis, auf der Innovation entlang etablierter Pfade bislang aufbaute. Eine Innovationsförderung, die primär einer Effizienzlogik folgt, kann unter diesen Bedingungen die Entstehung und Weiterentwicklung neuer Entwicklungspfade in den besonders betroffenen Regionen tendenziell erschweren (Grillitsch und Hansen 2019; Pinheiro et al. 2021; Becker, Losacker und Russo 2026). Folglich kann das GFS einerseits als kurzfristig politisch stabilisierend interpretiert werden, da es investive Maßnahmen vor Ort ermöglicht. Andererseits besteht langfristig die Gefahr, dass die technologische Erneuerung gerade in jenen Regionen ausbleibt, die ökonomisch am stärksten darauf angewiesen und politisch am fragilsten sind.

Unsere Ergebnisse haben in mindestens zweierlei Hinsicht Implikationen für aktuelle wirtschaftspolitische Debatten und konkrete Vorhaben der Bundesregierung. Erstens findet aktuell eine Neujustierung der zentralen regionalpolitischen Säule, der GRW, statt. Bereits 2022 wurde die Zielsetzung der GRW einer grundlegenden Reform unterzogen. Ihr wesentliches Anliegen sollte nicht mehr allein in der Schaffung von Arbeitsplätzen in den Förderregionen liegen. Der Kanon wurde wesentlich verbreitert, etwa im Hinblick auf die Erreichung der europäischen Klimaziele sowie dem Umgang mit sich beschleunigendem Strukturwandel durch Digitalisierung, Demografie

und geopolitischen Veränderungen. Diese veränderte Systematik hat sich bislang noch nicht in veränderten Fördergebietskulisse niedergeschlagen (siehe auch Südekum und Posch, 2024, 2025). Derzeit wird an der Neudefinition der Förderkarte auf der Basis einer wesentlich verbreiterten Indikatorik gearbeitet und dabei auch proaktive Elemente (etwa der regionale Transformationsstress) berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass diese neue Fördergebietskulisse der GRW auch für weitere GFS-Programme zur Anwendung kommen dürfte. Unsere Forschung kann hierfür einen unterstützenden Beitrag leisten, weil sie erstmals die Effektivität einzelner Regionalförderprogramme im Hinblick auf ihre politischen Auswirkungen beleuchtet und dabei die Bedeutung proaktiver Elemente betont.

Zweitens hat die Bundesregierung mit der Einrichtung des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) einen wichtigen Grundstein für eine große Investitionsoffensive in Deutschland gelegt. Diese

ist zwar nicht dezidiert regionalpolitisch motiviert und folgt auch nicht explizit der GFS-Systematik oder Gebietskulisse. Trotzdem wird die konkrete Projektvergabe und -umsetzung nicht gleichmäßig im Raum stattfinden. Damit wird das SVIK als bundespolitische Initiative auch Auswirkungen auf die Wirtschaftsgeographie innerhalb Deutschlands haben und die Regionen unterschiedlich beeinflussen. Unsere Ergebnisse sind in diesem Zusammenhang insofern relevant, als sie darauf hindeuten, dass die Infrastrukturförderung auf Säulenebene den stärksten Zusammenhang mit geringerer AfD-Unterstützung aufweist und insbesondere in Regionen mit hohem Transformationsdruck politisch wirksam ist. Ob sich dieser Befund auf das SVIK übertragen lässt, hängt von dessen konkreter regionaler Ausgestaltung und Umsetzung ab – die Ergebnisse legen jedoch nahe, dass die politische Wirkung zusätzlicher Investitionen nicht allein von deren Volumen, sondern maßgeblich von deren lokaler Sichtbarkeit und regionaler Verteilung abhängen dürfte.

Literatur

- Acemoglu, Daron, and Pascual Restrepo. 2018. "The Race between Man and Machine: Implications of Technology for Growth, Factor Shares, and Employment." *American Economic Review* 108(6): 1488–1542.
- Albanese, Giuseppe, Guglielmo Barone und Guido de Blasio. 2022. "Populist Voting and Losers' Discontent: Does Redistribution Matter?" *European Economic Review* 141:104000.
- Araújo, Victor, Arretche, Marta, und Beramendi, Pablo. 2024. „The Electoral Effects of Large-Scale Infrastructure Policies: Evidence from a Rural Electrification Scheme in Brazil.“ *The Journal of Politics* 86(2): 475–487.
- Austin, Benjamin, Edward Glaeser, and Lawrence Summers. 2018. "Jobs for the Heartland: Place-Based Policies in 21st-Century America." *Brookings Papers on Economic Activity* 49(1): 151–255.
- Autor, David H, David Dorn, and Gordon H Hanson. 2013. "The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States." *American Economic Review* 103(6): 2121–68.
- Autor, David, David Dorn, Gordon Hanson, and Kaveh Majlesi. 2020. "Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure." *American Economic Review* 110(10): 3139–83.
- Bachtrögler-Unger, Julia, Pierre-Alexandre Balland, Ron Boschma und Thomas Schwab. 2023. "Technological Capabilities and the Twin Transition in Europe: Opportunities for Regional Collaboration and Economic Cohesion." Bertelsmann Stiftung.
- Bartik, Timothy J. 2020. "Using Place-Based Jobs Policies to Help Distressed Communities." *Journal of Economic Perspectives* 34(3):99–127.
- Bayerlein, Michael und Matthias Diermeier. 2025. "Exchanging Money for Love? A Regional Analysis of EU Cohesion Policy and Euroscepticism." *Journal of Comparative Economics* 53(4): 1118–1132.
- Bayerlein, Michael, Julius Kölzer und Anne Metten. 2025. "Industrial Employment and Populism in Germany—Exploring the Effect of Actual and Looming Decline." *Politische Vierteljahresschrift* 67(1): 163–194.
- Becker, Tim, Sebastian Losacker und Margherita Russo. 2026. "Regional Capabilities in the European Automotive Industry: Relatedness, Complexity and Lock-Ins in the Transition to Electric Vehicles." *Progress in Economic Geography* 4(1): 100057.
- Beirne, John, Nuobu Renzhi und Ulrich Volz. 2021. "Feeling the Heat: Climate Risks and the Cost of Sovereign Borrowing." *International Review of Economics & Finance* 76: 920–936.
- Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Hanno Kempermann. 2025. "AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen." *IW-Kurzbericht Nr. 62*. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- BBSR. 2025. "Laufende Raumbewertung des BBSR - INKAR, Ausgabe 07/2025". Hrsg.: Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). 2025. "Bericht der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des 'Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen'."
- Campbell, Andrea Louise. 2012. „Policy Makes Mass Politics.“ *Annual Review of Political Science* 15(1): 333–351.
- Claeys, Grégory, Marie Le Mouel, Simone Tagliapietra, Guntram B. Wolff und Georg Zachmann. 2024. *The Macroeconomics of Decarbonisation*. Cambridge University Press.
- Colantone, Italo, und Piero Stanig. 2018. "The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe." *American Journal of Political Science* 62(4): 936–53.
- Colgan, Jeff., Jessica F. Green und Thomas N. Hale. 2021. "Asset Revaluation and the Existential Politics of Climate Change." *International Organization* 75(2): 586–610.

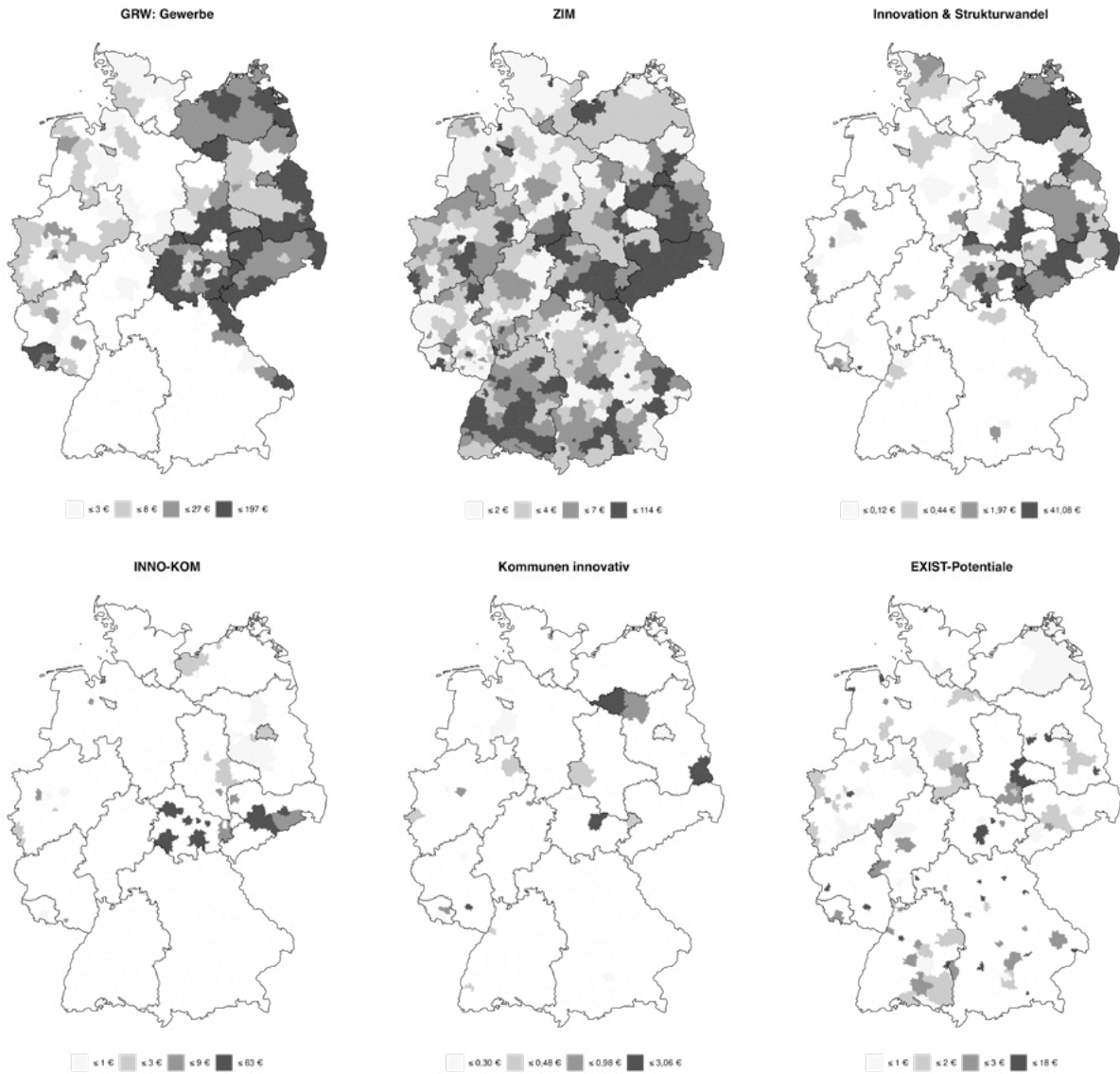
- Cremaschi, Simone, Nicola Bariletto, und Catherine E de Vries. 2025. "Without Roots: The Political Consequences of Collective Economic Shocks." *American Political Science Review*: 1–20.
- Dippel, Christian, Robert Gold, Stephan Hebllich, und Rodrigo Pinto. 2022. "The Effect of Trade on Workers and Voters." *The Economic Journal* 132(641): 199–217.
- Dauth, Wolfgang, Sebastian Findeisen, und Jens Suedekum. 2017. "Trade and Manufacturing Jobs in Germany." *American Economic Review* 107(5): 337–42.
- Dauth, Wolfgang, Sebastian Findeisen, Jens Suedekum, und Nicole Woessner. 2021. "The Adjustment of Labor Markets to Robots." *Journal of the European Economic Association* 19(6): 3104–53.
- Dijkstra, Lewis, Hugo Poelman und Andrés Rodríguez-Pose. 2020. "The Geography of EU Discontent." *Regional Studies* 54(6):737–753.
- Glaeser, Edward L. und Joshua D. Gottlieb. 2008. "The Economics of Place-Making Policies." *Brookings Papers on Economic Activity* 2008:155–253.
- Gold, Robert und Jakob Lehr. 2024. "Paying off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior". Working Paper 2266 Kiel Working Paper.
- Grillitsch, Markus und Teis Hansen. 2019. "Green Industry Development in Different Types of Regions." *European Planning Studies* 27(11): 2163–2183.
- Hager, Anselm, und Hilbig, Hanno. 2024. „Government Spending and Voting Behavior.“ *World Politics* 76(1): 88–124.
- Heddesheimer, Vincent, Hanno Hilbig, und Erik Voeten. 2025. „The Green Transition and Political Polarization Along Occupational Lines.“ *American Political Science Review*. 1-23.
- Heddesheimer, Vincent, Hanno Hilbig, Florian Sichart, und Andreas Wiedemann (2025). "GERDA: The German Election Database." *Scientific Data* 12(1), 618.
- Heddesheimer, Vincent, Hanno Hilbig, und Andreas Wiedemann. 2026. "Place-Based Policies, Local Responses, and Electoral Behavior." Working Paper.
- Jares, Jake Alton, und Neil Malhotra. 2025. "Policy Impact and Voter Mobilization: Evidence from Farmers' Trade War Experiences." *American Political Science Review* 119(2): 847–69.
- Kim, Minju, und Robert Gulotty. 2024. "Electoral Rewards and Punishments for Trade Compensation." *World Politics* 76(2): 259–93.
- Kim, Sung Eun und Krzysztof J. Pelc. 2021. "The Politics of Trade Adjustment Versus Trade Protection." *Comparative Political Studies* 54(13):2354–2381.
- King, Gary, Ori Rosen, und Martin A. Tanner. 2004. "Ecological Inference". eds. Gary King, Ori Rosen, und Martin A. Tanner. Cambridge University Press.
- Kline, Patrick und Enrico Moretti. 2014. "Local Economic Development, Agglomeration Economies, and the Big Push: 100 Years of Evidence from the Tennessee Valley Authority." *The Quarterly Journal of Economics* 129(1):275–331.
- Kostarakos, Ilias, Anabela Marques Santos und Francesco Molica. 2025. "Regional Resilience in the Era of Climate Change and Digitalization." JRC Working Papers on Territorial Modelling and Analysis No. 08/2025. European Commission, Joint Research Centre, Seville.
- Mettler, Suzan. 2011. „The Submerged State. How Invisible Government Policies Undermine American Democracy“. University of Chicago Press.
- Milner, Helen v. 2021. "Voting for Populism in Europe: Globalization, Technological Change, and the Extreme Right." *Comparative Political Studies* 54(13): 2286–2320.
- Mitsch, Frieder und Andrew McNeil. 2022. "Political Implications of 'Green' Infrastructure in One's 'Backyard': the Green Party's Catch 22?" *International Inequalities Institute Working Papers* No. 81. London School of Economics and Political Science.
- Neumark, David und Helen Simpson. 2015. Chapter 18 - Place-Based Policies. In *Handbook of Regional and Urban Economics*, ed. Gilles Duranton, J. Vernon Henderson and William C. Strange. Vol. 5 of *Handbook of Regional and Urban Economics* Elsevier pp. 1197–1287.

- Pinheiro, Flavio L., Pierre-Alexandre Balland, Ron Boschma und Dominik Hartmann. 2022. "The Dark Side of the Geography of Innovation: Relatedness, Complexity and Regional Inequality in Europe." *Regional Studies* 59(1).
- Radtke, Jörg und David Löw-Beer. 2025. "Unpacking Local Energy Conflicts: Drivers, Narratives, and Dynamics of Right-Wing Populism and Local Resistance to Energy Transitions in Germany." *Energy Strategy Reviews* 61: 101844.
- Reitzenstein, Alexander, Rebekka Popp, Pao-Yu Oei, Hanna Brauers, Nora Stognief, Claudia Kemfert, Jenny Kurwan und Timon Wehnert. 2022. "Structural Change in Coal Regions as a Process of Economic and Social-Ecological Transition: Lessons Learnt from Structural Change Processes in Germany." *Climate Change* 33/2021. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.
- Rickard, Stephanie J. 2023. "The Electoral Consequences of Compensation for Globalization." *European Union Politics* 24(3):427-446.
- Rodríguez-Pose, Andrés. 2018. "The Revenge of the Places That Don't Matter (and What to Do About It)." *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1):189-209.
- Rodríguez-Pose, Andrés und Federico Bartalucci. 2024. "The Green Transition and Its Potential Territorial Discontents." *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 17(2): 339-358.
- Schöll, Nikolas, and Thomas Kurer. 2024. "How Technological Change Affects Regional Voting Patterns." *Political Science Research and Methods* 12(1): 94-112.
- Schönauer, Anna-Lena und Sabrina Glanz. 2023. "Local Conflicts and Citizen Participation in the German Energy Transition: Quantitative Findings on the Relationship between Conflict and Participation." *Energy Research & Social Science* 105: 103267.
- Siegloch, Sebastian, Nils Wehrhöfer, und Tobias Etzel. 2025. "Spillover, Efficiency, and Equity Effects of Regional Firm Subsidies." *American Economic Journal: Economic Policy* 17(1): 144-80.
- Südekum, Jens. 2022. „Proactive regional policy: What a new policy to avoid socio-economic disruptions could look like.“ *Forum New Economy Working Papers* No. 06/2022.
- Südekum, Jens, und Daniel Posch. 2024. „Regionale Disparitäten in der Transformation: Braucht es ein Update der deutschen Regionalpolitik?“ *Wirtschaftsdienst* 104(7): 457-461.
- Südekum, Jens, und Daniel Posch. 2025. "Die GRW neu denken: Proaktive Industriepolitik für Deutschlands Regionen", Bertelsmann-Stiftung.
- Vergioglou, Ioannis. 2023. "Electoral Effects of Investment Subsidies in National and European Elections." *Journal of European Public Policy* 30(10):2123-2142.
- Vona, Francesco, Giovanni Marin, Davide Consoli, and David Popp. 2018. „Environmental Regulation and Green Skills: An Empirical Exploration.“ *Journal of the Association of Environmental and Resource Economists* 5(4): 713-753.

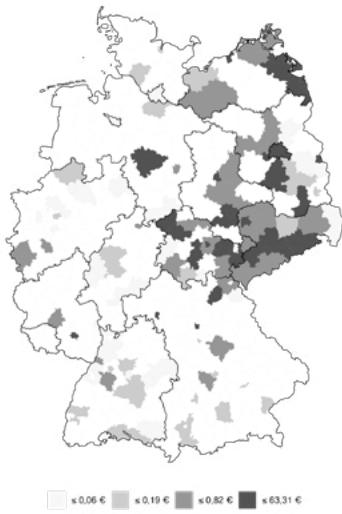
Anhang

1. Geographische Verteilung der GFS Förderprogramme

1.1 Wirtschaft

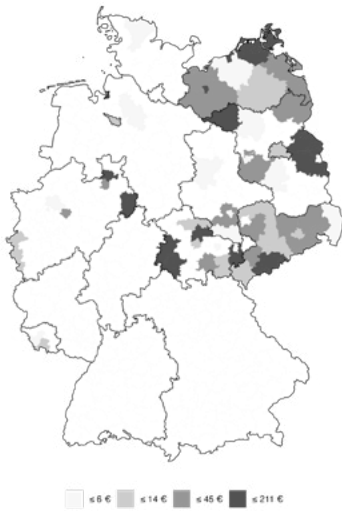


Unternehmen Region

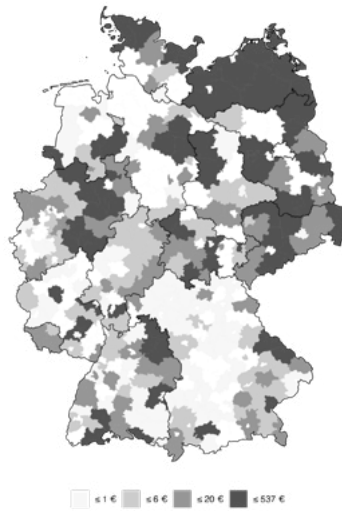


1.2 Infrastruktur

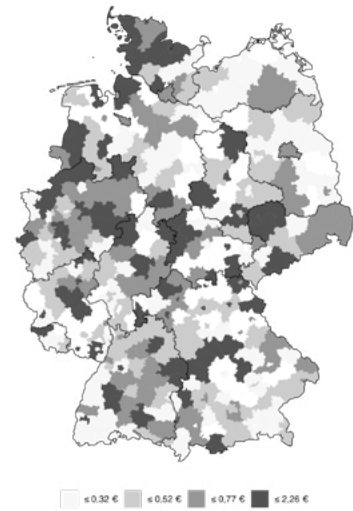
GRW: Infrastruktur



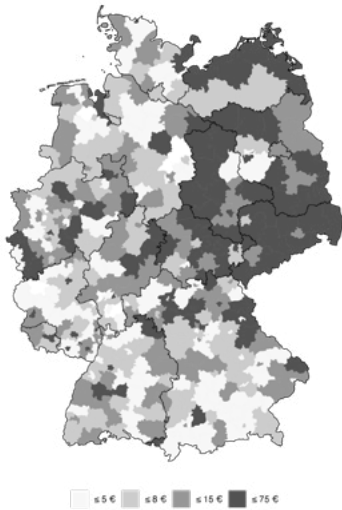
Gigabitförderung



Digital Jetzt



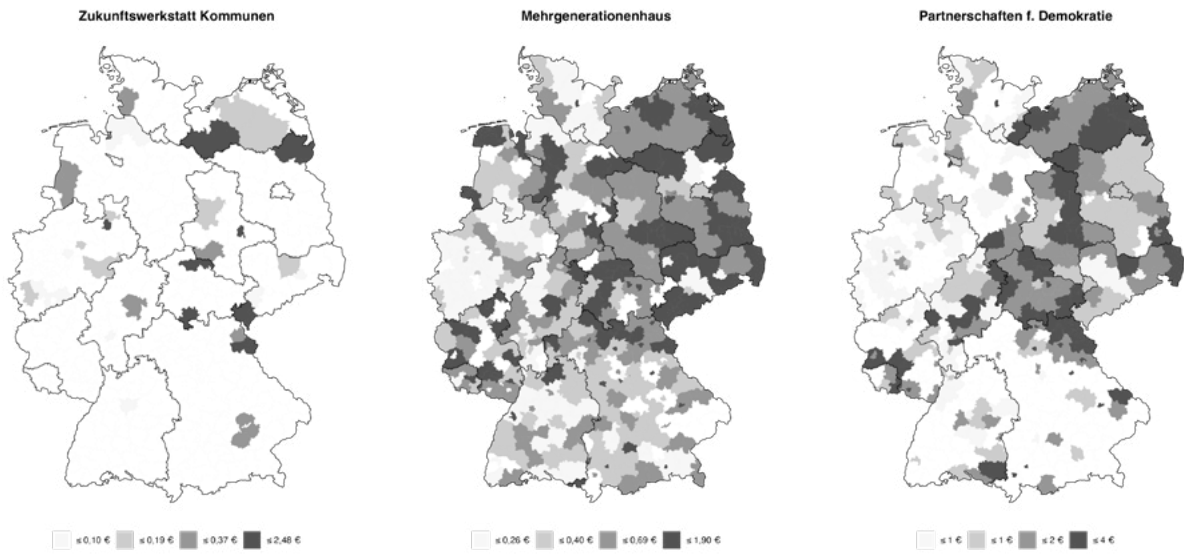
Städtebauförderung



ÜBS



1.3 Gesellschaft & Demokratie



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Daniel Posch
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
daniel.posch@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81-81999